

Putsch in Honduras
Die Chefs der Putschisten sitzen
in Washington

Der Streik bei Kraft Foods Argentinien
Ein Streik um bessere Arbeitsbedingungen wird zur
Kraftprobe zwischen dem US-Monopol und den Arbeitern:
Warren Buffet und die argentinischen Ausbeuter bekommen Kopfschmerzen



Internationaler **Klassenkampf**

Nr. 4
Oktober 2009

TrotzkistischeFraktion@googlemail.com

<http://www.ft-europa.org>

Publikation in deutscher Sprache von Genossen und Sympathisanten der Trotzkistischen Fraktion für die Vierte Internationale



Entweder es wird uns den Kopf kosten oder ihnen!

Aktionsplan zur Verteidigung von Arbeitsplätzen jetzt!

- Keine Entlassungen, weder von der Stammbesetzung noch von „Leiharbeitern“
- Verbot von Entlassungen und Aussperrungen
- Mindestlohn von 15€ Stunde
- Gleitende Skala der Löhne und Verteilung der Arbeitszeit zwischen allen zur Verfügung stehenden Kräften
- Weg mit allen Hartz-Gesetzen und der Rente mit 67 Jahren

BKZ: HARTZ IV

Über uns

Die Trotzistische Fraktion- für die Vierte Internationale (FT) ist eine internationale Strömung, die sich das marxistisch-revolutionäre Erbe Lenins und Trozki auf ihre Banner geschrieben hat.

Wir vertreten die Auffassung, dass allein die Selbstorganisation aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Schlüssel zur Befreiung aus der kapitalistischen Barbarei ist.

Wir kämpfen für den Aufbau revolutionärer Parteien in allen Ländern der Welt, mit dem Ziel der Rekonstruktion der IV Internationale, einer Weltpartei für die sozialistische Revolution. Diese muss unbarmherzig gegen Klassenkollaboration, Opportunismus und alle anderen Kräfte, welche die Arbeiterklasse verraten, vorgehen.

Wir rufen alle echten Revolutionäre dazu auf, mit uns gemeinsam auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Denn nur wenn wir einen eindeutig klassenpolitischen Kampf führen, kann sich in der Arbeiterklasse ein Klassenbewusstsein entwickeln. Nur in diesem Kampf, indem sie den Verrat ihrer traditionellen Führung erlebt, wird sie erkennen, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen muss.

Diese Publikation wird von Genossen in Zusammenarbeit mit Sympathisanten der Trotzistischen Fraktion in Deutschland herausgegeben. Sie soll auch anderen die allein oder in anderen Organisationen für die selben Ziele kämpfen die Möglichkeit bieten sich zu aktuellen oder politisch relevanten Themen zu äußern und so fruchtbare Diskussionen anzustoßen, die unsere Auseinandersetzung mit der jetzigen Lage in Deutschland bereichern. Wir sehen diese Publikation daher auch als Bindeglied, das den Austausch zwischen Revolutionären erleichtern soll und die Diskussionen die innerhalb unseres kleinen Zirkels stattfinden vertiefen, festhalten und anderen zugänglich machen soll. Wenn wir damit die Diskussion zwischen Revolutionären und politisch Fortschrittlichen ein bisschen erleichtern könnten, wäre dies im Rahmen unserer sehr begrenzten Kräfte, auch ein kleiner Beitrag auf dem Weg zur Rekonstruktion der 4. Internationale.

Die Trotzistische Fraktion (FT) besteht aus der **PTS (Partido de Trabajadores por el Socialismo)** in Argentinien, der

LTS (Liga de Trabajadores por el Socialismo) in Mexiko, der

LOR-CI (Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional) in Bolivien, der

LER-QI (Liga Estrategia Revolucionaria) in Brasilien, der

CcC (Clase contra Clase) in Chile,

LTS (Liga de Trabajadores por el Socialismo) in Venezuela,

LRS (Liga de la Revolución Socialista) in Costa Rica, **CcC (Clase contra Clase)** im Spanischen Staat, der sympatisierenden Organisation

ex Groupe CRI (Communiste Révolutionnaire Internationaliste) in Frankreich, sowie weiteren Genossen in Deutschland und Italien.

Um mit uns Kontakt aufzunehmen, schreiben Sie uns eine E-mail an trotzkistischefraktion@googlemail.com und besuchen Sie unsere Internetseite unter <http://www.ft-europa.org> bzw. <http://www.ft-ci.org>.

INHALTSVERZEICHNIS

Präsentation 2

Editorial

Den Widerstand gegen die 3
anstehenden Angriffe des
Kapitals vorbereiten!

Wahlanalyse

Das Wahldebakel der SPD 7
verhilft CDU und FDP zum Sieg

Jugend

Deutschlands Krisenkinder12

ARBEITERKÄMPFE

Frankreich

Das industrielle Proletariat 15
Frankreichs fängt an sein
Haupt zu erheben

Argentinien

Entweder mit der US Botschaft 18
oder mit den Arbeitern
von Kraft Foods

Kachelfabrik Zanon: 21
Ein historischer Sieg

INTERNATIONALE POLITIK

Honduras

Die Chefs der Putschisten 24
sitzen in Washington

Aktuelle Deklaration 25
der TF-4.Internationale
aufgrund der Ereignisse
in Honduras

LETZTE SEITE

Antiimperialismus

Bundeswehr in Afghanistan:
Kriegsverbrechen für Freiheit und
Demokratie

Entweder es wird uns den Kopf kosten oder ihnen!

Das Superwahljahr geht seinem Ende zu, Deutschland wird für die nächsten Jahre von einer rechten Koalition geführt und der graue Herbstwind lässt auch die letzten Hoffnungen auf eine Lösung der Wirtschaftskrise vollends verwehen: weitere Verschlechterungen im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, auslaufende Kurzarbeitsprogramme und Massenentlassungen in der Industrie, bankrotte Traditionsunternehmen wie Quelle und ihre Schließungen, eventuelle Steuererhöhungen für die Massen oder abstruse Vorschläge zur Liquidierung der sozialen und gesundheitlichen Grundversorgung: Die kapitalistische Walze rollt nun endgültig über uns. Aufgrund dessen möchten wir in dieser Ausgabe des Internationalen Klassenkampfes einen Dringlichkeitsplan vorschlagen, der uns als Werkzeug im Widerstand gegen die akuten Angriffe der Bourgeoisie helfen kann.

Innerhalb der bürgerlichen Reihen ist bisher nur klar, dass die Kosten der Krise auf alle Lohnabhängigen abgeladen werden sollen, in ihren Strategien sind sie sich jedoch uneinig, selbst innerhalb der traditionellen Parteien. So zahlte die SPD bei den vergangenen Bundestagswahlen einen hohen Preis für ihre internen Konflikte und eindeutigen Rechtsruck, sie erlangte ein nie gesehenes niedriges Wahlergebnis und verliert somit nicht nur allmählich ihre Führungsrolle unter den Arbeiterreihen, sondern auch ihre eigenen Mitglieder und Verbündeten. Wie wir in unserer Wahlanalyse zeigen, hat dieses sozialdemokratische Desaster letztendlich zum Wahlsieg der Mitte-Rechts-Koalition geführt, die allerdings auch in sich verstritten bleibt. Kriseln tut es jedoch am meisten bei der neuen Hoffnung einiger ArbeiterInnen und Intellektuellen Linken: Der Linkspartei. Lafontaine zieht sich zurück, „Realos aus dem Osten“ und der linkere Parteiflügel aus dem Westen werden sich nicht einig, ein Parteiprogramm ist bis jetzt nicht entstanden. Diese Brüchigkeit des Systems sollte nun genutzt werden um die parlamentarischen Spielchen zu überwinden und eine unabhängige Perspektive mit Klassencharakter zu entwickeln, die Übergangsforderungen zur Verteidi-

gung unserer Arbeitsplätze aufstellt.

Doch nicht nur in Deutschland schlägt die Bourgeoisie zu und fordert die Reaktionen aus Arbeiterreihen. Im französischen Nachbarland haben sich wichtige Arbeiterkämpfe entwickelt, die zu radikalen Methoden gegriffen haben, wie wir in dieser Ausgabe darstellen und auch in Argentinien mussten sich die Lohnabhängigen des transnationalen Multis Kraft Foods gegen Entlassungen wehren und ihre Arbeit verteidigen. Dabei kam es sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Militär, die stark repressiv gegen die Arbeiter vorgingen. Diese Militarisierung zeigt, wie sehr die internationalen Bourgeoisien sich vor der Kraft der Arbeiter fürchten. Auch in Mexiko griff das Militär in einem historischen Arbeiterkonflikt ein, da die Privatisierung des Elektrizitätssektors nur mit Gewalt und Massenentlassungen erzwungen werden kann.

Auch bei uns nimmt die Militarisierung im Inneren zu, während deutsche Soldaten in Afghanistan morden. Gegen die deutschen Truppen im Ausland einzustehen, bedeutet für uns auch die Solidarität mit den von den imperialistischen Ländern unterdrückten Völkern zu stärken. So veröffentlichen wir hier auch eine Erklärung zu den Ereignissen in Honduras, wo Militär und US-amerikanischer Imperialismus das Land zerstören.

Doch das internationale Proletariat erhebt langsam sein Haupt und wehrt sich gegen die Krisenverursacher und

Ausbeuter. Auch die Jugend – unsere Krisenkinder – werden aktiver und kreativer in ihrem Protest gegen die Bildungsmisere der Kapitalisten, wobei einigen Teilen der jungen Lohnabhängigen und Auszubildenden eine Perspektive des Widerstandes fehlt, das sie sich in hoch prekären Lebensbedingungen befinden. Jenseits der Angst und Perspektivlosigkeit möchten wir in dieser Ausgabe auch konkrete Aktionsfelder für die prekarierte Jugend aufmachen, um den Mut und die Kraft zusammen mit den ArbeiterInnen zu bündeln und dafür einzustehen, dass die Verantwortlichen dieser Krise zur Rechenschaft gezogen werden: Entweder es wird uns den Kopf kosten oder ihnen - eine Alternative gibt es nicht, eine goldene Mitte oder neue Vermittlungen oder Zugeständnisse: heute ist es mehr denn je notwendig eine klare marxistisch-revolutionäre Perspektive zu entwickeln und umzusetzen. Diese kann sich auszahlen: So haben unsere Kamaraden der Keramikfabrik Zanon in Argentinien endgültig die Enteignung ihrer Fabrik durchgesetzt, ein historischer Triumph der Arbeiterklasse, die uns als Beispiel für die Geduld, Kraft und Hingabe dienen soll mit der ArbeiterInnen und eine revolutionäre Führung das Unmögliche wahr machen können.

So können auch wir in Deutschland beginnen, aus dem grauen einen heißen Herbst zu machen und uns in unseren Betrieben, Hochschulen und Schulen gegen die Angriffe und Verelendungsmaßnahmen der Bourgeoisie zu organisieren, Widerstand zu leisten gegen dieses faulende System Kapitalismus.



EDITORIAL

Den Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals vorbereiten!

Die Bundestagswahlen vom September fanden im Rahmen der schlimmsten Wirtschaftskrise des Kapitalismus seit den 3iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts statt. Diese Krise hat wieder einmal gezeigt, dass der Kapitalismus unfähig ist, ohne Krisen, die Elend, Krieg, ökologische Zerstörung und Barbarei mit sich bringen, zu bestehen. In Deutschland wie in allen imperialistischen Ländern möchte das Kapital die Auswirkungen der Krise auf den Rücken der Arbeiter und unterdrückten Schichten abwälzen.

Nicht die Kapitalisten, Bankiers, Multinationalen, Großgrundbesitzer und internationalen Finanzorganisationen wie IWF oder Weltbank sollen dafür aufkommen, sondern der Ausgebeutete und Entrechtete. Angela Merkel und ihre Koalitionspartner in Deutschland, wie im Übrigen auch Barak Obama, Sarkozy, Berlusconi, usw. bezeichnen die Krise als das Ergebnis der Machenschaften einiger weniger raffgieriger Manager. Dies hindert jedoch dieselben Manager nicht daran, weiterhin dicke Boni, Prämien und Abfindungen zu kassieren.

Während die deutsche Regierung, wie in den übrigen imperialistischen Ländern auch, Milliarden Euros in das Bankensystem und in Großunternehmen hineinpumpt und sie auf Kosten der produzierenden Klasse vor dem Bankrott rettet, werden die Auswirkungen der Krise für die Unterdrückten und Ausgebeuteten verheerend sein.

„Unter den Bedingungen der sozialen Krise des ganzen kapitalistischen Systems laden die Konjunkturkrisen den Massen immer größere Entbehrungen und Leiden auf. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit vertieft wiederum die finanzielle Krise des Staates und unterhöhlt die erschütterten Geldsysteme.“ (Trotzki, Das Übergangsprogramm). So haben die zur Rettung des Bankensystems zig Milliarden bereitgestellten Euros nicht zur Entlastung und finanziellen Sicherung der Lohnabhängigen, sondern letztendlich nur zur Rettung maroder Finanzinstitutionen der Kapitalisten und Ban-

kiers, die die Krise letztlich verursacht haben, beigetragen. Die Staatsschulden schellen unaufhaltsam in die Höhe und beschwören die Geister der galoppierenden Inflation der 20.Jahren herauf. Der herbeigeredete Aufschwung wird von kurzer Dauer und oberflächlich sein. Dies wird, neben dem Beschluss der „Schuldenbremse“, massive Kürzungen im Bereich der öffentlichen Versorgung in Bildung, Gesundheit und Verkehr zur Folge haben.

Die herrschende Klasse will, dass die Arbeiterklasse die Krise ausbadet

Die Kapitalistenklasse weiß genau, dass es sich trotz der Rede von sprießenden grünen Sprossen in Bezug auf die Erholung der Finanzmärkte um eine konjunkturelle Erholung handelt, die nicht mit einem wirtschaftlichen Wachstum gleichgesetzt werden kann. Dazu lässt der IWF verlautbaren: „Selbst wenn die Krise vorbei ist, wird es eine schwierige Übergangsperiode geben, in der Wachstumsraten unter denen liegen, die es in der jüngsten Vergangenheit gab.“. In der Tat kommen seriöse bürgerliche Analysten zu dem Schluss, dass das Produktionsniveau, auf dem die deutsche Industrie Anfang 2008 war, erst wieder in drei oder vier Jahren erreicht werden wird.

Wenn die Auswirkungen der Konjunkturprogramme nachlassen und der Staat keine Impulse mehr gibt (spätestens ab Frühjahr des kommenden Jahres, wenn die Konjunkturprogramme in den USA und anderen imperialistischen Ländern auslaufen), dann wird die strukturelle Arbeitslosigkeit steigen, denn die Unternehmen werden die Produktivität steigern und somit die Ausbeutungsrate erhöhen müssen, um ihren schwindenden Profit wieder wettzumachen.

In Deutschland werden die Folgen für die Massen dramatisch sein. „Die Krise, die bisher durch Kurzarbeit abgefedert wurde, beginnt allmählich auf den Arbeitsmarkt überzuschwappen“. Die ersten Betroffenen waren die sog. „Leih-

arbeiter“: Im Mai zählten diese prekarierten Lohnabhängigen in Deutschland nur noch 507.000 Beschäftigte, ein Drittel weniger als im Schnitt des letzten Jahres. Zurzeit arbeiten rund 750.000 Beschäftigte in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie kurz. Rechnet man das ausfallende Arbeitsvolumen um, werden dadurch etwa 250.000 Jobs gesichert. Die Aufschiebung der Krise am Arbeitsmarkt ist jedoch nicht mehr mit Kurzarbeit zu bewältigen.

Die offizielle, frisierte Arbeitslosenstatistik beträgt 3,4 Millionen, ohne die Kurzarbeiter zu berücksichtigen. I Wahrheit sind es weit mehr als 4 Millionen, andere Statistiken gehen sogar von ca. 7 Millionen aus. Für die Gewerkschaftsbürokraten ist dies jedoch kein Skandal, der harte Gegenmaßnahmen erforderlich macht.

Konjunkturprogramme hin oder her, die Wirtschaftskrise wird, falls die Lohnabhängigen es nicht schaffen, mit der Sozialpartnerschaftslogik der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen, von ihnen bezahlt werden, denn der Kapitalismus konnte seine Krisen noch nie friedlich überwinden, und er bläst, noch etwas vorsichtig, zum Kampf. Er wird den Lohnabhängigen und Unterdrückten die ganze Last der Krise aufbürden. Die CDU-FDP Regierung wird Maßnahmen ergreifen, welche die Verelendungsmaßnahmen der Agenda2010 weiter verschärfen werden. Schon jetzt fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) eine Reform des Kündigungsschutzes sowie „Arbeitgeber“-präsident Dieter Hundt eine Senkung der Tariflöhne. Auch von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent ist die Rede, um die Staatsfinanzen zu sanieren. Die Wirtschaftsforscher schlagen als Einnahmequelle zudem vor, die Pendlerpauschale zu streichen. Ein anderer Vorschlag kam zuvor von der Bundesbank, die das Rentenalter auf 70 Jahre erhöht sehen will. Führende Mitglieder der CDU argumentieren dafür folgendermaßen: „Wir wissen, dass die Rente mit 67 nicht ausreichen wird. Wahrscheinlich wird auch ein Rentenalter von

69 im Jahr 2060 noch nicht ausreichen.“(Focus Online).

All das wirft die Frage danach auf, wie es weitergehen soll. Nun gibt es keine Kompromisslösungen: Entweder bezahlen die Lohnabhängigen oder die Kapitalisten die Krise. Der Glaube an einen friedlichen Fortschritt und eine ständige Anhebung des Lebensstandards, an die Möglichkeit, dem Kapital eine menschliche Gestalt zu verleihen, ist illusorisch und reaktionär. Die Zeit drängt, den gemeinsamen Kampf der Lohnabhängigen und Unterdrückten vorzubereiten, um die Angriffe der herrschenden Klasse, die heute in Deutschland zu einer existenziellen Bedrohung für die Arbeiterklasse geworden sind, aufzuhalten.

Die bevorstehenden Angriffe der Bourgeoisie werden unweigerlich eine Reaktion

der Arbeiter angesichts von Entlassungen und Werksschließungen nach sich ziehen. Diese Angriffe werden den Klassenkampf beleben und zu einer starken Radikalisierung der Massen führen. Die Arbeiterklasse wird Armut und Elend nicht als naturgegeben akzeptieren, sondern sie wird sich zur Wehr setzen müssen. Diese Reaktion gilt es zu kanalisieren, den bevorstehenden Kampf der Massen für die Zurückgewinnung der unter Rot-Grün verlorenen Errungenschaften zu mobilisieren, denn ohne diesen Schritt wird es unmöglich sein, den sich immer weiter vertiefenden Sozialabbau zu verhindern.

Dringlichkeitsplan zur Abwehr der Angriffe der herrschenden Klasse

Wir befinden uns in einer Phase des faulenden Kapitalismus, wie die Lohnabhängigen und armen Schichten der Bevölkerung schmerzhaft am eigenen Leib aufgrund von Hartz4 und Agenda 2010 erfahren müssen, „wo nicht mehr die Rede sein kann von systematischen Sozialreformen noch von der Hebung des Lebensstandards der Massen; wo die Bourgeoisie sich jedes mal mit der rechten Hand das Doppelte von dem nimmt, was sie mit der linken Hand gegeben hat (Steuern, Zölle, Inflation, „Deflation“, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Streiks, Schlichtungen durch die Polizei usw.); wo jede ernsthafte Forderung des Proletariats und sogar jede fortschrittliche Forderung des Kleinbürgertums unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausführt.“ (Trotzki, Das Übergangsprogramm). So ist es notwendig einen Abwehrplan gegen die erneuten

Angriffe der herrschenden Klasse aufzustellen. Dafür brauchen wir Übergangsforderungen, welche ausgehend von den derzeitigen Bedingungen und dem aktuellen Bewusstsein großer Teile der Arbeiterklasse letztere zu ein und derselben Schlussfolgerung führen: Die Kapitalisten sollen für die Krise zahlen. Obwohl viele Arbeiter dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so sehen, können sie doch die Härte der Krise und ihre eigenen Erfahrungen im Klassenkampf zu dieser Schlussfolgerung führen. Ihnen zu diesem Schluss zu verhelfen, darin besteht die aufregende, aber auch schwierige Aufgabe für uns und all jene, die für sich beanspruchen, Revolutionäre zu sein.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, schlagen wir folgende Losungen vor:

Keine Entlassungen, weder von Stammebelegschaften noch von sog. „Leiharbeitern“, sowie sofortige Wiedereinstellung aller entlassenen „Leiharbeiter“

Die Unternehmen treiben ständig einen Keil zwischen die Lohnabhängigen. Somit versuchen sie, die Arbeiterreihen zu atomisieren, um sie besser zu beherrschen. Dabei erfahren sie die tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, die ihr Hauptaufgabenfeld darin sieht, für die Interessen nicht der ganzen Klasse sondern lediglich „ihrer“ Klientel einzutreten. Eine fortschrittliche, ja revolutionäre Aufgabe besteht also darin, die fiktive Spaltung zwischen den Lohnabhängigen auf Abruf, also sog. „Leiharbeitern“, und der Stammebelegschaft aufzuheben, um somit auch Spaltungen zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, Einheimischen und Einwanderern zu überwinden. Dieser Aufgabe wird am Besten Rechnung getragen, indem Revolutionäre die Angriffe auf

die rechtlich ungeschützteren Sektoren der Arbeiterschaft als einen Angriff auf die ganze Klasse ansehen und genauso wie die Arbeitsplätze der Festangestellten verteidigen.

Verbot von Entlassungen und Aussperrungen sowie Enteignung unter Arbeiterkontrolle aller Unternehmen, die Werksschließungen vornehmen

Unternehmen kündigen Entlassungen im großen Stil an. Die Gewerkschaftsbürokraten von DGB, IG-Metall, ver.di usw. rufen nach nationalen Lösungen und suchen den Schulterchluss mit den Ausbeutern. Die einzig fortschrittliche Antwort darauf lautet Enteignung unter Arbeiterkontrolle der Unternehmen, die schließen oder ihre Beschäftigten entlassen. Diese Forderung hat jedoch nicht im Geringsten etwas mit der Möglichkeit nach Verstaatlichung im Sinne des Artikels 15 der deutschen Verfassung zu tun, noch mit den „Nationalisierungen“ oder Interventionen wie sie bei einigen Banken wie der HRE zu sehen waren. Die Enteignungen im bürgerlichen Sinne stellen eigentlich eine vom Kapital erschaffene Überlebensrettung für die in Not geratenen Finanz- und Kreditinstitute sowie für die finanzielle Elite und die wichtigsten Banken dar. Wir, die marxistischen Revolutionäre, haben nicht einen Funken Vertrauen in den bürgerlichen Staat und ihre Enteignungen. Um mit Marx zu sprechen: der Staat ist und bleibt der Verwalter der Bourgeoisie, das Organ, wo die im Widerspruch zueinander stehenden Grundlagen für das Überleben und den Gewinn seiner Klasse, d.h. der Bourgeoisie, gelegt werden.

Mindestlohn von 15 EUR Stunde netto

Die hohe Inflation frisst einen Groß-



Die Mitarbeiter des Autozulieferers TMD Friction und ihre Kinder wissen es besser

teil der Lohnerhöhungen in diesem Jahr wieder auf. Einem Lohnabhängigen bringt eine Lohnerhöhung von 3 Prozent bei der aktuellen Inflationsrate von 3,1 Prozent überhaupt nichts. Im Gegenteil: Unterm Strich haben wir sogar noch weniger in der Tasche. Der Anstieg der tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter hat im vergangenen Jahr also nicht ausgereicht, um die teureren Lebenshaltungskosten auszugleichen. Angesichts dessen und der Tatsache, dass es in Deutschland keinen Mindestlohn gibt, schlagen wir einen Mindestlohn von 15• netto die Stunde vor.

30 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie gleitende Skala der Löhne und Verteilung der Arbeitszeit zwischen allen zur Verfügung stehenden Kräften auf Kosten der Reichen und Kapitalisten

Mit der Losung der *Gleitenden Lohnskala* können Teuerung und die Angriffe auf die Löhne abgewehrt werden. Die Tarifverträge müssen die automatische Erhöhung der Löhne gleichzeitig mit den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren.

„Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die *gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität* verbinden. Auf dieser Basis muss die verfügbare Arbeit unter allen vorhandenen Arbeitskräften aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten *Minimum*, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.“ (Trotzki, L.: Das Übergangsprogramm).

Weg mit allen Hartz-Gesetzen

Die Hartz-Gesetze stellen einen nie vorher gesehenen Angriff auf die Lebensbedingungen der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterklasse dar. Sie sind ein Damokles Schwert, das über den Köpfen aller Lohnabhängigen hängt. Es kann jeden treffen, immer und überall. Aber die deutsche Bourgeoisie gibt sich dennoch nicht zufrieden. Heute fordert sie eine Neuorganisation der Hartz-IV-Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Was soll das heißen? Nichts anderes als eine weitere Verschärfung der Bedingungen für alle Hartz4 Geschädigten.

Die Verteidigung gegen diese Angriffe wird nur durch die Abschaffung von Hartz4 sowie aller Hartz-Gesetze möglich. Der Strick am Halse des Proletariats kann dick oder dünn sein, er bleibt ein Strick. Wir müssen diesen Strick ein für alle mal durchschneiden. Daher Weg mit allen Hartz-Gesetzen.

Weg mit der Rente mit 67 Jahren

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet Kürzungen für Rentner von 3,6 % pro Jahr. Zusammenaddiert fallen die Kürzungen für Rentner bis zu 7,2 % aus. Somit erreicht man nach Jahrzehnten langer Arbeit und Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung gerade die Grenze der Grundsicherung (nach Zahlen des VdK). Dies bedeutet vorprogrammierte Altersarmut. Dank des Debakels der SPD bei den letzten Bundestagswahlen rückt die SPD von dieser Reform wieder ab.

Mindesteinkommen für Rentner, Azubis und Studenten von 1.600 Euro im Monat, finanziert aus Progressivsteuern auf Reichtum und Kapital

Um Altersarmut und fehlende berufliche Perspektiven der Jugend zu vermeiden, müssen jene, die von der fremden Arbeit leben, die Kosten dieser Maßnahmen tragen. Diese Kapitalisten sollen durch Progressivsteuer belastet werden, sprich umso reicher sie sind, umso mehr sollten sie zahlen.

Kostenlose Gesundheitsversicherung für alle, finanziert aus Progressivsteuern auf Reichtum und Kapital

Die herrschende Klasse wünschte sich einen Gesundheitsfond und bekam ihn. Dabei handelt es sich um die größte Umwälzung, die Deutschlands Krankenkassen je erlebt haben: Die Krankenkassen ziehen die Sozialversicherungsbeiträge zunächst ein und übertragen sie an den Gesundheitsfonds, der vom Bundesversicherungsamt verwaltet wird. Krankenkassen, die mit den aus dem Gesundheitsfonds zugeteilten Mitteln nicht auskommen, können einen zusätzlichen Beitrag von ihren Mitgliedern verlangen. Dabei werden die Kassenbeiträge, die die Kapitalisten für ihre Beschäftigten zahlen, soweit eingefroren, wie der Beitragssatz an den Gesundheitsfonds erst erhöht werden soll. Also wieder mal eine Umverteilung von unten nach oben. Wer bisher einen niedrigeren Beitragssatz hatte als den Einheitssatz, den die Koalition beschließen wird, zahlt zukünftig für die Krankenversicherung

mehr als bisher. Die teuer Versicherten werden dagegen entlastet.

Wir meinen, nur ein einheitliches Gesundheitssystem, finanziert aus Progressivsteuern auf Reichtum und Kapital, kann eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Reichtum schaffenden Klasse, der Arbeiterklasse, gewährleisten.

Öffnung der Geschäftsbücher und Abschaffung von Geschäftsgeheimnissen

Während von den bürgerlichen Ideologen und Vertretern über die „Notwendigkeit einer „Kontrolle“ über die Wirtschaft, einer staatlichen „Führung“ und einer „Planung“ immer wieder geredet wird, läuft die Maschinerie nach wie vor weiter. Selbst marode Finanzinstitutionen zahlen mit Steuergeldern fette Boni und Prämien für ihr Führungspersonal. „Die demokratischen Regierungen stoßen bei ihren feigen Versuchen der „Regulierung“ auf die unüberwindliche Sabotage des Großkapitals [...] Die Rechnungslegung zwischen dem einzelnen Kapitalisten und der Gesellschaft bleibt das Geheimnis des Kapitalisten“: die Gesellschaft geht das nichts an. (Trotzki, L.: Das Übergangsprogramm)

Dabei wird das Geschäftsgeheimnis „mit den Erfordernissen der „Konkurrenz“ gerechtfertigt – wie in der Epoche des liberalen Industriekapitalismus. In Wirklichkeit haben die Trusts keine Geheimnisse voreinander. In der gegenwärtigen Epoche ist das Geschäftsgeheimnis eine ständige Verschwörung des Monopolkapitals gegen die Gesellschaft. Die Pläne zur Beschränkung des Absolutismus [wie von Angela Merkel beim G20-Gipfel gefordert wurde] der „Unternehmer von Gottes Gnaden“ bleiben eine klägliche Farce, solange die Privateigentümer an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln den Erzeugern und Verbrauchern die Mechanismen der Ausbeutung, der Plünderung und des Betrugs verbergen können. Die Aufhebung des „Geschäftsgeheimnisses“ ist der erste Schritt zu einer wirklichen Kontrolle über die Industrie.“ (Trotzki, L.: Das Übergangsprogramm)

„Ein schockierendes Beispiel dafür ist die Revision der Hypo Real Estate, die Wirtschaftsprüfer noch im Sommer 2008 und auch im „Worst-Case-Szenario“ als absolut zahlungsfähig kategorisierten. Ein paar Wochen später musste der Staat diese Institution vor dem Konkurs retten. Etwas Ähnliches geschah mit der IKB und zwei Jahre zuvor bei der Sachsen LB.“ (IK Nr. 2).

Enteignung ohne Abfindungen der Privatbanken, Verstaatlichung des Kreditsystems und Vereinigung in einer Bank in Staatshand unter Arbeiterkontrolle

Wir fordern, wie erklärt, nicht die Verstaatlichung im Sinne des Artikels 15 der deutschen Verfassung, noch die „Nationalisierungen“ oder Interventionen, wie sie in diesen Tagen bei einigen Banken zu sehen sind. Im Grunde sind diese Maßnahmen nur von den Verwaltern des Kapitals erschaffene Rettungsversuche für die finanzielle Elite und die wichtigsten Banken, die in Schwierigkeiten sind. Wir, die marxistischen Revolutionäre, haben nicht einen Funken Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Um mit Marx zu sprechen: der Staat ist und bleibt der Verwalter der Bourgeoisie, das Organ, wo die im Widerspruch zueinander stehenden Grundlagen für das Überleben und den Gewinn seiner Klasse, d.h. der Bourgeoisie, gelegt werden.

„Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ dieser Forderungen darlegen. Die Kapitalisten von geringerer Statur, insbesondere diejenigen, die dem Ruin entgegengehen, werden außerdem auf ihre Buchführung verweisen. Die Arbeiter werden diese Argumente und Empfehlungen kategorisch ablehnen. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß entgegengesetzter materieller Interessen. Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen!“ (Trotzki, L.: Das Übergangsprogramm)

Die Gewerkschaften sollen die Verteidigung der Arbeitsplätze organisieren. Keine «Mitgestaltung» der Arbeitslosigkeit

Die Bindung der Gewerkschaftsbürokratie und Arbeiteraristokratie an die Sozialdemokratie hat dazu geführt, dass die Gewerkschaftsführungen der Einführung der Agenda2010 oder der Hartz Gesteze nichts entgegen gesetzt haben. Schlimmer noch: Sie forderten Mitgestaltungsraum und haben dafür keinen einzigen Streik, geschweige Massenstreiks mit Fabrikbesetzungen, organisiert. Wenn die Massen auf die Straße gingen, um gegen die Agenda2010 zu

protestieren, versuchten sie mittels routinemäßigen Demonstrationen, Dampf abzulassen. Sie waren nicht gewillt, den kräftigen Aufschwung der vergangenen Jahre zu nutzen um das Verlorene wieder zu erobern. Sie wollten nicht die Rente mit 67 torpedieren, sie „Die Gewerkschaftsbürokraten leisten in Wort und Tat ihr Bestes, um dem „demokratischen“ Staat zu beweisen, wie verlässlich und unentbehrlich sie sind.“ (Trotzki, L. Das Übergangsprogramm).

Im Kampf gegen die Vorhaben der herrschenden Klasse brauchen die Lohnabhängigen aber Massenorganisationen, die den Kampf im Interesse der Arbeiterklasse aufnehmen. Organisationen, die keine Mitgestaltung und Sozialpartnerschaftslogik verfolgen. Die Gewerkschaftsbürokratie (wie die Arbeiteraristokratie) setzen durch die Sozialpartnerschaftspolitik und ihre tiefsetzender Reformismus ihre eigenen Interessen die der gesamten Klasse gegenüber. Deshalb sind sie nicht gewillt, die Sektoralen und korporativen Barrieren zu überwinden. Jene Sektoren des Proletariats, die am meisten von den Angriffen betroffen sind, werden nie in den Kampf hinzugezogen. Daher ergibt sich die Notwendigkeit Organisationen zu schaffen, die die gesamte Masse im Kampf umfassen: die *Streikausschüsse*, die *Fabrikkomitees* und schließlich die *Räte*.

Der Angesichts der für die Arbeiterklasse lähmenden und zersetzenden Politik der Gewerkschaftsführungen muss der Kampf auf „die Umwandlung der Gewerkschaften von einem Organ der Arbeiteraristokratie in ein Organ der breiten, ausgebeuteten Massen.“ abzielen. Dieser Kampf muss gegen die verräterische Politik der Gewerkschaftsführungen erfolgen: Wenn die Gewerkschaftsbürokraten also über der Notwendigkeit des Erhalts des Standortes Deutschland sprechen, sagen wir die deutsche herrschende Klasse beutet die Arbeiter in Deutschland und im Ausland aus. Wenn die Gewerkschaftsbürokraten über die billige Konkurrenz aus dem Ausland schimpfen, sagen wir internationale Solidarität der Werktätigen. Wenn sie über Sozialpartnerschaft sprechen, sagen wir entweder wir, die Arbeiter werden die Last der Krise auf uns aufnehmen, oder die Kapitalisten. Sie sollen für die Krise zahlen.

Für Massendemonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzungen, Fabrikkomitees und eine Klassenantwort auf die Angriffe

Die von uns vorgeschlagenen Über-

gangsforderungen können nicht ohne die unabhängige Mobilisierung der Lohnabhängigen geschehen. Unabhängig heißt hier, unabhängig von jeder bürgerlichen Führung. Es soll eine politische Alternative der Lohnabhängigen aufgebaut werden. Eine Alternative, die der herrschenden Klasse mit der Perspektive des Aufbaus einer revolutionären Partei entgegnet. Eine Klassenalternative zum kapitalistischem System impliziert die Verteidigung der Kollegen vor den Angriffen der Unternehmer, gegen die bürgerlichen Gesetze, die das hochheilige Privateigentum schützen, gegen die Gewerkschaftsbürokratie und ihre verräterische Politik des „Interessenausgleichs“. Diese politische Alternative entsteht aber nicht bei Diskussionen zwischen den Führungen verschiedenen Parteien sondern in Versammlungen, an denen auch die proletarische Avantgarde sowie die prekarierte Jugend mitwirkt. Dabei soll ein Mindestprogramm diskutiert und beschlossen werden, um die Angriffe des Kapitals zum scheitern zu bringen. Eine Klassenalternative, die ihr Hauptaufgabenfeld nicht auf die parlamentarische Arbeit noch auf Wahlerebene beschränkt. Diese Alternative soll zu einem Kampforgan werden, mit dem man in den Betrieben und Betriebsräte, in den Fabriken und Gewerkschaften, sowie an den Universitäten und Arbeitervierteln tätig wird.

Die Beispiele, dass dies geht sind vorhanden: Die Kachelfabrik Zanon in Argentinien (Siehe Artikel in diesem Heft) aber auch hierzulande haben die Werktätigen die erste Schritte in diese Richtung unternommen: Die Streikposten der Lokomotivführer, Mahle Alzenau oder die Fabrikbesetzung von den Kollegen von Byke Systems. „Die *Streiks mit Fabrikbesetzungen* (...) sprengen die Grenzen der „normalen“ kapitalistischen Herrschaft. Unabhängig von den Forderungen der Streikenden versetzt die zeitweilige Besetzung der Unternehmen dem Götzenbild des kapitalistischen Eigentums einen schweren Schlag. Jeder Besetzungstreik stellt praktisch die Frage, wer der Herr in der Fabrik ist: der Kapitalist oder die Arbeiter.“ (Trotzki, L. Das Übergangsprogramm).

Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei **eine Frage des Kräfteverhältnisses**, die nur **durch den Kampf** gelöst werden kann. Auf der Grundlage dieses Kampfes werden die Arbeiter – was auch immer ihre unmittelbaren praktischen Erfolge sein mögen – im besten Fall die Notwendigkeit begreifen, die kapitalistische Sklaverei zu liquidieren.“ (Trotzki, L. Das Übergangsprogramm).

Deutschland: Krise, Wahlen und Perspektiven

Das Wahldebakel der SPD verhilft CDU und FDP zum Sieg

Von Mark Turm, 10. Oktober 2009

Das Wahlergebnis vom 27. September erbrachte die von der deutschen Bourgeoisie erhoffte, ideale Konstellation: den Wahlsieg der CDU und FDP. Angela Merkel an der Spitze der neuen Mitte-Rechts-Regierung hat nun freie Hand, Rezepte konservativen Zuschnitts anzuwenden, um die Krise zu überwinden. In dieser Hinsicht fordern bereits jetzt Arbeitgebervertreter und ihre Fürsprecher eine rasche Umsetzung von Maßnahmen wie z.B. die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Kürzung der Pensionen, indirekte Lohnkürzungen und eine Senkung der Steuern für Unternehmen.

Wie ist der Sieg der Rechten in einem Land zu erklären, in dem man in den letzten Jahren eine deutliche Tendenz nach links beobachten konnte? Wie ist es möglich, dass mitten in der Wirtschaftskrise, die Deutschland hart trifft, und der ihr folgenden Krise des neoliberalen Diskurses (letztere spiegelte sich in der Tatsache, dass eine Fürsprecherin neoliberaler Maßnahmen während des außerordentlichen Gipfels der EU zur Vorbereitung des G20-Gipfels in Pittsburgh darlegte, dass die Einführung einer internationalen Steuer auf Finanztransaktionen eine „vernünftige“ Idee sei) nicht zu einer Abrechnung mit den Parteien der Großen Koalition geführt hat?

Eine oberflächliche Analyse würde die Frage in dieser Weise stellen. Die Frage wäre jedoch falsch gestellt, denn Wahlen sind kein Thermometer, das den Grad der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit in einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt misst, sondern sie sind in Wirklichkeit der verzerrte Ausdruck des politischen und sozialen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen einerseits und zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse andererseits.

Somit ist es notwendig, eine erschöpfende Analyse vorzunehmen, um die allgemeinen Tendenzen und die Perspektiven herauszuarbeiten, die durch die Wahlen eröffnet werden.

Die vergangenen Wahlen fanden vor dem Hintergrund der schärfsten Wirt-

schaftskrise seit den 30iger-Jahren statt. Die deutsche Gesellschaft wurde seit der Umsetzung der gegen die Arbeiter gerichteten „Reformen“ der von Schröder angeführten rot-grünen Koalition (Die Grünen und SPD), welche in der von Angela Merkel angeführten Großen Koalition ihre Fortsetzung fanden, in ihren Grundfesten erschüttert.

Seit diesem Zeitpunkt befindet sich das Paradigma eines triumphierenden Kapitalismus, das rheinische Modell, in einer Krise, die sich ständig verschärft und zur Erosion des politischen und institutionellen Rahmens der Bundesrepublik führt. Ausdruck dieses Phänomens ist einerseits die abnehmende Wahlbeteiligung, der Austritt von Mitgliedern und Anhängern der traditionellen Vermittlungsinstitutionen wie Gewerkschaften, der Katholischen Kirche und der Parteien. Andererseits das Auftauchen neuer politischer Phänomene, in erster Linie der Partei Die Linke, aber auch eine Tendenz zur Verstärkung der kleinen Parteien in den Wahlen, die Ausweitung sozialer Proteste, die begleitet werden durch eine erst beginnende, aber unleugbare Tendenz zur Radikalisierung der Kampfmethoden der Arbeiter, welche ihre Antwort auf die beständigen Angriffe auf ihren Lebensstandard und die Errungenschaften der Massen darstellen: Die Kämpfe und Streiks ohne Vorankündigung verschiedener Sektoren der Arbeiterschaft wie der Bahnarbeiter zu Beginn des Jahres 2008, die Abwehrkämpfe im Metallsektor (Mahle Alzenau), die Proteste von Teilen des Kleinbürgertums wie der Milchproduzenten oder der Ärzte, die gewerkschaftlichen Aktionstage, in denen die Avantgarde einen anti-

kapitalistischen Block bildete, die Märsche gegen den Abbau demokratischer Rechte etc.

Ein langsamer Wandel innerhalb des Regimes

Auf der Ebene des Regimes sind in den letzten Jahren Veränderungen zu beobachten, die zu einem endgültigen Zusammenbruch des Zweiparteiensystems geführt haben. An seine Stelle ist ein parlamentarisches System getreten, das zunehmend instabil ist, wodurch die Bildung stabiler Koalitionen erschwert wird. Dies ist auf das Entstehen neuer Vermittlungsinstanzen zurückzuführen, v.a. auf DIE LINKE und andere kleineren Parteien. Somit wird die Bildung neuer Koalitionen immer schwieriger aufgrund der Notwendigkeit, Mehrheitskoalitionen mit immer mehr Parteien zu bilden, die in Abhängigkeit von den erhaltenen Stimmen ihre Forderungen mehr oder weniger geltend machen. Dies ist z.B. im Falle der FDP zu beobachten, die durch ihr gutes Wahlergebnis ermutigt wurde. Der Corriere della Sera fasste dies folgendermaßen zusammen: „Leider hat sich Deutschland italianisiert. Es hat aufgehört, ein grundsätzlich bipolares System zu sein. Statt dessen verfügt es nun über fünf Pole. Damit ist die BRD heute weniger stabil und vorhersehbar“.



Bei der SPD ist die Luft raus

Der wirtschaftliche Spielraum

Das Panorama für die kommende Regierung stellt sich als sehr kompliziert dar. Die Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft, die die Große Koalition umgesetzt hatte, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzuschwächen, haben die öffentlichen Haushalte verschlungen. Die staatliche Verschuldung beläuft sich auf 1.696.823.201.440 Euros, d.h. auf ca. 26.729 Euros pro Bürger (auch Babys, Arbeitslose, Rentner etc.). Laut den Berechnungen des Kanzleramtes (die in einem Bericht von Spiegel Online erschienen sind) muss die neue Regierung somit 40 Mrd. Euros bis zum Ende der Legislaturperiode einsparen. Hierbei handelt es sich um eine Zahl, die die von den „Arbeitgebern“ geforderten Steuer-senkungen noch nicht mitberücksichtigt. Aus diesem Grund wird die neue Regierung auf zwei höchst unpopuläre Maßnahmen zurückgreifen müssen, um die Rechnungen der Kapitalisten aufgehen lassen zu können: Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Massen und Senkung der Unternehmenssteuer und der Einkommenssteuer für Kapitalisten und Guts-tuierte. Es kündigt sich somit eine Katastrophe für die Arbeiterklasse und die verarmten Sektoren der Gesellschaft an.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die neue Regierungskoalition, anders als die Große Koalition, in Zukunft nicht mehr die Unterstützung der Gewerkschafts-führungen genießen wird, die alles taten, um die SPD nicht aus dem Fahrwasser geraten zu lassen. Diesmal wird die Basis jedoch eine schlagendere Antwort ihrer Führungen angesichts der Angriffe, auf die sich die Bourgeoisie vorbereitet, erwarten. Mit anderen Worten, sie werden zur Mobilisierung gezwungen werden, um Druck abzubauen. Der DGB-Chef warnte die CDU bereits, den Forderungen der FDP nicht nachzugeben (als ob die CDU ein Garant für die Interessen der Arbeiter wäre), denn sie werde „eine Politik, die wir für falsch halten, nicht akzeptieren. Und wir können Hundert-tausende Menschen mobilisieren und auf die Straße holen“.¹

Der Sieg der CDU und FDP

Der Wahlsieg der CDU und FDP hat vor dem Hintergrund einer schwindenden Wahlbeteiligung stattgefunden. Dies ist jedoch nicht auf die „Politik-verdrossenheit“ zurückzuführen, wie dies im Allgemeinen die bürgerlichen Parteien, Universitätsprofessoren und „Experten“ in Parteienfragen suggerieren, sondern ist der unbewusste Ausdruck des instinktiven Gefühls der „Wähler“, dass

die Entscheidungen nicht wirklich in den Händen der parlamentarischen Vertreter liegen, am wenigsten im Bereich der Wirtschaft. Somit waren die zurückliegenden Wahlen durch einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung gekennzeichnet, die von 77,7% im Jahre 2005 auf 71,2% im Jahre 2009 zurückgegangen ist.

Der Wahlsieg ist jedoch in erster Linie das direkte Ergebnis der Wahlniederlage der SPD, der historischen Führung des deutschen Proletariats.

Berücksichtigt man diese Aspekte und die Tatsache, dass auch das Ergebnis der CDU-CSU das zweitschlechteste in ihrer Geschichte ist, relativiert sich der Sieg der Mitte-Rechts-Parteien (Die CSU ihrerseits erreichte lediglich 47% der Stimmen in Bayern, weniger noch als bei den Landtagswahlen 2008, bei denen sie bis dahin stets mehr als 50% der Stimmen erhalten hatte).

Zusätzlich hat die CDU dramatische Umkehrungen der Ergebnisse in den letzten Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen erlitten, wo sie zwei absolute Mehrheiten verloren hat, 13 bzw. 12 Prozent jeweils.

Ebenso wie die SPD befindet sich die CDU in einer tiefen Identitätskrise, die dazu geführt hat, dass ihr ca. eine Million Wähler den Rücken gekehrt und für die FDP gestimmt haben, die bis dato im besten Fall 6% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.

In diesen Wahlen kam die CDU auf 33,8% der Stimmen. Damit liegt sie 2 Prozentpunkte unterhalb des Ergebnisses von 2005.

Seit der Wiedervereinigung hat die CDU 30% ihrer Anhänger verloren. 2005 setzten noch 40% der Bevölkerung Vertrauen in die CDU-CSU, dass sie kompetent sei, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, heute sind es nur noch 29%. Ähnlich wenige Menschen glauben daran, dass sie in der Bildungs- oder Steuerpolitik Lösungen finden wird. Dieser Vertrauensverlust schlägt sich in folgenden Zahlen nieder: seit 2002 hat die Union ungefähr 3,8 Millionen Stimmen verloren, d.h. ein Fünftel ihrer Anhänger.

Diese Fakten spiegeln den Meinungsumschwung breiter Sektoren der gehobenen Mittelklasse, die es angesichts des Diskurses der CDU, in welchem vermehrte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und die Verstaatlichung der Banken erörtert wurden, vorzogen, für die FDP zu stimmen, die die Ideale des freien Marktes in ihrer reinsten Form verkörpern. Es handelt sich um einen reaktionären Umschwung dieser Sektoren,

die aus Angst, ihre soziale Position und die ihrer Kinder zu verlieren, aus Angst, die Reihen der Prekarisierten aufzufüllen, aus Angst, in die Armut abzurutschen, die Forderung aufstellen, die Kosten der Krise auf dem Rücken der Arbeiter abzuladen.

Das hohe Wahlergebnis der FDP (14,6%) ist der ausschlaggebende Faktor, der es ermöglicht, eine Koalitionsregierung zu bilden, die sich gegen die Arbeiter und für die Unternehmer einsetzt. Es gelang dieser Partei, die Protestwähler der privilegierten Schichten auf sich vereinen, gegen eine „sozialdemokratisierte“ CDU, die während ihrer Regierungszeit an der Seite der SPD ihr neoliberales Programm beiseite ließ und sich an den neuen Zeitgeist, der nach mehr staatlichen Intervention weg von den neoliberalen Forderungen, anpasste. Die FDP gewinnt ihre Kraft aus der CDU, indem sie ihr ihr „politisches Mark“ entzieht. Laut dem Stern eine „gefährliche Krankheit“, den Wahlsieg relativiere. Denn selbst wenn man die Ergebnisse beider Parteien zusammenrechnet, haben CDU und FDP seit 2002 eine Million Wählerstimmen verloren.

Somit wirft der Wahlsieg der Koalition der rechten Mitte viele Fragen auf. Die erste und wichtigste bezieht sich auf die Stabilität der neuen Koalition. Denn die Wirtschaftskrise in Verbindung mit den Wahlversprechen, den unterschiedlichen Visionen, wie diese umzusetzen seien, trennt die Reihen innerhalb der neuen Koalition. Bei zentralen Themen gibt es kaum Übereinstimmungen innerhalb der Parteien. Angela Merkel vertritt dabei diejenige Fraktion der Bourgeoisie, die sich des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie am bewusstesten ist. Ein frontaler Angriff auf die wenigen Errungenschaften, die noch verbleiben, würde einen sozialen Konflikt erheblichen Ausmaßes hervorrufen. Aus diesem Grund äußerte sich der Präsident des Arbeitnehmerverbandes skeptisch zum Vorschlag der FDP, Hartz IV durch ein Bürgergeld zu ersetzen. „Das Modell der FDP hat aber erhebliche Schwachstellen in der praktischen Umsetzung und wirkt insgesamt unausgereift“, sagte Hundt. Die Botschaft lautet: Die heißen Eisen muss man mit Vorsicht anfassen.

Bei dieser Koalition handelt es sich nämlich um eine verspätete Koalition, die vor 4 Jahren hätte gebildet werden müssen, da die neoliberalen Rezepte heutzutage vollständig diskreditiert sind. Aus diesem Grunde hatten die ersten Verlautbarungen Westerwelles nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse eher defen-

siven Charakter: „Wir werden euch nichts tun! Wir werden euch nichts wegnehmen! Es wird nicht kalt mit uns!“² Denn in weiten Teilen der Bevölkerung besteht die berechnete Befürchtung, dass jetzt die neoliberale Heckenschere ansteht. Die Zukunft der FDP ist somit besiegelt. Diese Partei wird aus großer Höhe ins düstere Tal absteigen müssen, denn die die gewaltigen Erwartungen, die sie in den wohlhabenden Teilen der Mittelklasse geweckt hat, wie sie eine nach der anderen nicht einlösen können, prognostiziert der Stern.

Die Grünen

Die Grünen, die in den 80iger Jahren die politische Bühne betraten - 1985 wurde Joschka Fischer Umweltminister in Hessen – haben ihre Wurzeln in denjenigen Sektoren der Mittelklasse, die pazifistisch waren und für ökologische Belange sensibilisiert. Ihre Stimmen kommen aus einigen Teilen der universitären Mittelklasse. Mit sieben Jahren Schröderregierung im Rücken und nach Unterstützung verschiedener kriegerischer Interventionen und Bombardierungen fehlt ihnen vollständig jegliche rebellische oder pazifistische Aura, wodurch sie sich das Vertrauen von Teilen der besser gestellten Mittelklasse sichern können.

Bezogen auf ihre Wählerschaft liegt der einzige augenscheinliche Unterschied zu den Liberalen in dem Umweltbewusstsein ihrer Unterstützer. Somit mag es nicht verwundern, dass sich die Niederlage der SPD nicht nutzen konnten – im Vergleich zu 2005 konnten sie lediglich eine leichte Zunahme verzeichnen, nämlich von 7,9 % auf 10,7%.

Die von der Rezession angeschlagenen Sektoren der Mittelklasse sehen in den Diskursen der Ökoparteien über eine „grüne Wirtschaft“ oder „nachhaltiges ökologisches Wachstum“ eine Alternative, um die Effekte der Krise zu lindern, und gar eine Lösung für das von der Krise gebeutelte Land. Die Grünen stellen ein klassenübergreifendes Projekt dar, vollkommen mit dem Kapitalismus vereinbar, da diese Positionen sowohl von Mitte-Links als auch Mitte-Rechts Parteien und Koalitionen vertreten werden.³ So ist die Koalitionszusage der Grünen zugunsten der CDU und FDP im Saarland nicht weiter verwunderlich.

Glück auf: die Niederlage der SPD

„Der Faden ist gerissen“. Mit diesem beiläufigen Satz fasste ein sozialdemokratisches führendes Parteimitglied das schlechteste Wahlergebnis der SPD in

der Nachkriegszeit treffend zusammen. Längst ist die SPD nicht mehr das, was sie vor 5 oder 10 Jahren gewesen ist. Ihr Verfallsprozess begann sich mit den gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen zu beschleunigen. Den Todesstoß versetzte ihr die Fortsetzung dieses Programms unter der Großen Koalition. Weite Teile des Proletariats kehrten der Sozialdemokratie den Rücken und vertieften ihre Krise zusätzlich. Sie erkennen in der Sozialdemokratie den Garanten des bürgerlichen Projektes den „Wohlfahrtsstaat“ abzuschaffen: Rente mit 67, höhere Steuern, Hartz 4 und Agenda 2010 etc.

Die Auswirkungen der Krise sind tiefgreifend und können in der Implosion und Teilung dieser unheilvollen Arbeiterführung enden, die auch auf die Gewerkschaftsführungen, die traditionell mit der Sozialdemokratie verbunden sind, übergreifen könnten.

Um sich eine Vorstellung von der Schnelligkeit und der Tiefe der Krise machen zu können, verweisen wir auf folgende Zahlen: Als die SPD gemeinsam mit den Grünen 1998 an die Macht kam, erhielt die Sozialdemokratie ca. 20 Millionen Stimmen. Zehn Jahre später waren es weniger als 10 Millionen. Ein Verlust von 10 Millionen Stimmen in 10 Jahren! Bei den jetzigen Wahlen gingen mehr als eine halbe Million Stimmen an die FDP, 890.000 an die CDU, 890.000 an die Grünen und 1.220.000 an DIE LINKE⁴.

Arbeiter und Angestellte stimmten mit lediglich 21% bzw. 24% für die SPD.

Von den Arbeitslosen gaben ihr 22-23% ihre Stimme, von den Jugendlichen, die zum ersten Mal wählten, lediglich 18%. Ca. 2 Millionen sozialdemokratischer Wähler, die 2005 noch an die Urne gingen, zogen es vor, den schönen Herbsttag zu genießen, statt ihre Zeit in der Wahlkabine zu verlieren; 2 Millionen Wähler wollten weder die SPD noch eine andere Partei.

In der Hauptstadt fiel die Unterstützung für die SPD von 34,3 % auf 20,2%.

In den sich in der Depression befindlichen Arbeiterzonen und –vierteln wie Dortmund, Bochum und Duisburg verlor die SPD zwischen 20% und 40% der Stimmen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Führung ließ nicht auf sich warten. Um „revolutionäre Tribunale“ oder einen „Linksruck“ zu vermeiden, wovon Peer Steinbrück, der Finanzminister und Vizepräsident, warnte, beschloss die Führung kaum 48 nach der Wahlniederlage und hinter verschlossenen Türen ihr Personal in „putschistischer“ Manier –

so bezeichnete ein führender Sozialdemokrat diese Maßnahme – auszuwechseln. Frank Walter Steinmeier, ein erklärter Verteidiger der Agenda 2010, wird neuer Fraktionschef in der Opposition sein. Sigmar Gabriel, der mit den störrischsten Teilen der sozialdemokratischen Rechten, dem Seeheimer Kreis, verbunden ist, wurde zum neuen Parteichef gewählt. Die Vertreterin des linken Flügels der SPD, Andrea Nahles, wurde zur neuen Generalsekretärin ernannt.

Allen Blauäugigen zum Trotz, die glauben, dass dieser Wechsel eine Wendung nach links darstelle, halten die rechten Sektoren die Zügel der Partei weiter in der Hand und die „Linke“ wird dabei zu ihrer Flanke, deren Aufgabe es ist, die Rechte zu legitimieren angesichts einer apathischen und desillusionierten Basis. Dies beweist Folgendes: Bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung in Thüringen entschied sich die SPD für ein Zusammengehen mit der CDU statt mit der LINKEN. Der funkelneue Parteichef der SPD, Sigmar Gabriel, verteidigte diese Entscheidung, da eine rot-rote Koalition „schlecht für Thüringen [ist], schlecht für die SPD, die wollen uns vorführen, und deshalb bin ich dagegen“. Andrea Nahles hingegen trat dafür ein, DIE LINKE wie eine normale Partei zu behandeln, wobei sie anführte, dass DIE LINKE ihre Position hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung definieren müsse, denn: „Viele von den Linksparteilern wollen gar nicht, dass man an der Regierung beteiligt wird, man könnte ja in Verantwortung kommen, das muss also geklärt werden.“⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SPD eine Partei ist, die heute am Boden liegt, ohne jegliche Perspektive. Die Perspektive für die SPD ist entweder eine Implosion durch Teilung oder aber eine langsame Agonie, die sie zur Wiederauflage sozialdemokratischer Rezepte führen könnte. Dabei würde es sich jedoch um eine Farce handeln, da sie nur vorgeben würde, sich nach links zu öffnen, um den Erfolg der LINKEN umzukehren oder zu beschränken.

Das Ergebnis der LINKEN

Die erste Reaktion der Führung der LINKEN war es, sich gegenseitig zu den guten Ergebnissen zu beglückwünschen, zu unterstreichen, dass „die Verluste der SPD für alle beunruhigend seien“ (Oskar Lafontaine), während Gysi, augenscheinlich weniger besorgt, v.a. hoffte, dass die SPD angesichts der Macht der Realität wieder zu ihren Wurzeln zurückfinde, indem sie sich „resozialdemokratisiere“. Im Gegensatz dazu konnte die Basis ihre

Freude nicht zurückhalten angesichts der versteinerten Gesichter und dem verallgemeinerten Kummer der Mitglieder und Führer der SPD. Die Basis der LINKEN ebenso wie weite Teile des nicht organisierten Proletariats freut sich zu Recht, dass die Verantwortlichen für die Agenda 2010, die Rente mit 67, die Prekarisierung und die Vernichtung der besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung abgestraft werden. Instinktiv scheinen sie auch zu erfassen, dass eine Partei, die sich in der Ära Brandt für die Notstandsgesetze verantwortlich zeigte, die ebenso als Urheberin des Mordes an ihren hervorragendsten Vertretern wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anzusehen ist, den Krediten zur Finanzierung des imperialistischen Massakers von 1914 zustimmte und die sich (gemeinsam mit den Kommunisten) als vollkommen unfähig erwies, dem Aufstieg Hitlers zu begegnen, nun endgültig untergeht, um auf dem Platz zu landen, der ihr gehört, nämlich den Müllleimer der Geschichte.

Während die Linkspartei (heute DIE LINKE) lediglich 8,7% der Stimmen auf sich vereinigte, erreichte sie bei den Wahlen am 27. September 11,9% und lag damit vor den Grünen.

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen, die zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfanden, erzielte DIE LINKE ebenfalls sehr gute Ergebnisse.

In Brandenburg ist sie die stärkste politische Kraft mit 28,5% der Stimmen, in Thüringen stellt sie nach der CDU mit 28,8% der Stimmen die zweitstärkste Kraft und liegt damit weit vor der SPD, die lediglich 17,6% erzielte. In Schleswig-Holstein erreichte DIE LINKE 7,9%.

Damit ist DIE LINKE in fast allen Landesparlamenten vertreten und trägt Regierungsverantwortung in einigen Bundesländern, in denen sie gemeinsam mit der SPD die arbeiterfeindlichen Pläne umsetzt, wie im symbolträchtigen Fall Berlins. DIE LINKE kann sich sogar vorstellen, gemeinsam mit der CDU zu regieren, wie der Vizevorsitzende Lothar Bisky verlautbaren ließ: Es könne „Notfälle“ geben, in denen man zusammenarbeiten könne, um „ein oder zwei Dinge zu erreichen“⁶.

Trotz ihrer linken Rhetorik ist DIE LINKE eine bürgerliche Arbeiterpartei⁷, der es danach verlangt, dem Kapital und seinen parlamentarischen Vertretern zu zeigen, dass sie eine sehr verantwortungsvolle Verwalterin der kapitalistischen Misere sein kann. Somit wird sich DIE LINKE im Lichte (oder besser im Schatten) der Wahlergebnisse weiterhin

in Richtung Zentrum (oder in Richtung der Rechten!) bewegen. In dem Maße nämlich, wie sich ihre Wahlergebnisse verbessern, die einer Politik entsprechen, die dazu tendiert, Unterstützung bei Sektoren der Mittelschicht zu suchen, werden sich die progressiven Forderungen der LINKEN immer weiter verwischen: So z.B. die Forderung „Raus aus Afghanistan“, die vervollständigt wurde durch ein „aber nicht sofort“⁸.

Oder die Forderung nach der Abschaffung der Hartz IV-Gesetze, die während des Wahlkampfes in die Forderung nach ihrer Verbesserung umgewandelt wurde, d.h. in eine „Erhöhung des ALG II Regelsatzes von derzeit 351 auf 500 Euro“. Diese Entscheidung wurde mit folgendem Argument gerechtfertigt: „Wir sind die einzige Partei, die mit realistischen Zahlen arbeitet“ (Lafontaine). Diese Beispiele zeigen, dass der Realismus der Führung schließlich zu einer Mitverwaltung der kapitalistischen Misere führen werden, denn die Zahlen „lügen nicht“.

Die andere Seite dieses Realismus zeigt sich in den mehrfachen Angriffen auf die „dissidenten“ Sektoren der Partei, die als „Verrückte“ bezeichnet wurden, mit dem Ziel, sie auszuschließen, damit sie den wahrscheinlichen Zustrom derjenigen Sektoren der Bevölkerung nicht stören, die noch keine Erfahrung mit der LINKEN gemacht haben und somit noch Illusionen hegen, dass innerhalb der herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfolgen kann.

Viele Teile der Gesellschaft, die für DIE LINKE stimmten, glauben tatsächlich, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen im Wirtschaftsbereich, die darauf abzielen, den Kapitalismus zu reformieren, ihm im keynesianischen Sinne zu regulieren, eine erhöhte staatliche Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen sowie eine Stimulierung des internen Konsums zu erreichen, den „Wohlfahrtsstaat“ wiedererstehen lassen können. Hierbei handelt es sich somit um die Hoffnungen auf die Wiederbelebung einer für das Proletariat schädlichen sozialdemokratischen Politik der Interessengemeinschaft.

Diese Denkstruktur birgt jedoch objektive Beschränkungen, denn der Aufstieg der Sozialdemokratie erfolgte während der Nachkriegszeit in einer Epoche nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums nach der allgemeinen Zerstörung der Produktivkräfte als Folge des Krieges, das viele Konzessionen an das Proletariat nur deshalb ermöglichte, weil das deutsche Kapital zwei Jahrzehnte lang

steigende Profitraten erzielte. Heutzutage sind diese Bedingungen nicht mehr möglich. Der Kapitalismus befindet sich in einer Krise, die Profitrate sinkt und die Kapitalisten versuchen diese Situation durch die direkte oder indirekte Senkung der Löhne umzukehren. Zusätzlich wird der Produktionsrhythmus erhöht, Massenentlassungen werden vorgenommen, kurzum die Last des so genannten „Wohlfahrtsstaates“ wird abgeworfen.

Wie soll weiter vorgegangen werden?

Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse, des Ausblutens der großen Parteien und der (vorübergehenden) Konsolidierung der ehemals kleinen Parteien wie der LINKEN werden sich die Regeln des parlamentarischen Spiels verändern. So stellte sich z.B. die unternehmerfreundliche Zeitung FAZ die Frage, ob in Deutschland womöglich bald holländische Verhältnisse drohten: „Parlamente voller Populisten und chronisch labile Regierungen?“⁹ Denn die herrschende Klasse wird es zunehmend schwer haben, ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen in Form eines Konsenses umzusetzen.

Diese Situation muss von revolutionären Sektoren offensiv genutzt werden. D.h. die Risse in der Führung müssen genutzt werden, damit die Arbeiterklasse mit ihren wirtschaftlichen und politischen Forderungen nach vorne preschen kann. Heutzutage besteht die vornehmliche Aufgabe darin, ein Notprogramm aufzustellen, dass die sich ankündigende Entlassungswelle bekämpft, für die Verteidigung des Arbeitsplatzes und gegen die Pläne zur Prekarisierung kämpft (Siehe Leitartikel).

Fußnoten

¹ DGB-Chef droht Schwarz-Gelb mit Massenprotest, Spiegel Online, 04.10.2009.

² Die Welt, 29 September 2009.

³ „Eine erste Bilanz der Europawahlen“: IK Nr.3.

⁴ Laut Tageschau.de

⁵ <http://www.nrw-live.com/>

⁶ Bisky schließt Koalition mit CDU auf Landesebene nicht aus.

<http://www.linksparthei-sachsen.de/blog/2008/07/22/bisky-schliesst-koalition-mit-cdu-auf-landesebene-nicht-aus/>

⁷ Vgl. folgenden Artikel: «Alter Staub in neuen Tüten». http://www.ft-ci.org/article.php?id_article=1904?lang=de

⁸Vgl. folgenden Artikel: «BUNDESWEHR IN AFGHANISTAN: KRIEGSVERBRECHEN IM NAMEN VON DEMOKRATIE UND FREIHEIT!» in dieser Ausgabe des Internationalen Klassenkampfes.

⁹ FAZ: Zerrissen in die Opposition, 28.09.2009.

Anmerkungen zur sozialen Situation und politischen Perspektiven der Jugend

Deutschlands Krisenkinder

Von Antje Berlinger, 19. Oktober 2009

„Die Jugend, die Träger der Zukunft; die Jugend, die so wenig an der Vergangenheit hängt und die alles vom kommenden Leben, von der Zukunft erwartet; ... die Jungen, deren Denken nicht mit der Ideologie eines vergangenen Zeitalters irreführt werden kann ... Sie ist die frische, mutige, revolutionäre, opferwillige Arbeiterjugend, die vorwärts, immer vorwärts drängen wird!“ (Alexandra Kollontai, 1915)

Die objektiven Verhältnisse der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren in Deutschland sind alarmierend: so leben aktuell 28% von ihnen in relativer Armut. Der Osten des Landes und Berlin führen in der Jugendarbeitslosigkeit die Tabelle an, hier leben 32% der Jugendlichen von Hartz IV-Mindestsätzen. Somit liegt die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in der Hauptstadt sogar noch weit über der allgemeinen, offiziellen Arbeitslosenquote der Stadt (21%). Doch auch die Teile der Jugend, die über Anstellungen oder Ausbildungsplätze verfügen, befinden sich in hochgradig ausbeuterischen Verhältnissen; so verdienen Azubis im Friseur- oder Bäckereigewerbe im ersten Ausbildungsjahr nur ca. 280 Euro monatlich im Osten und 380 Euro im Westen, was viele dazu zwingt, auf die Hilfe ihrer Eltern (soweit diese nicht von Arbeitslosigkeit oder verelendenden Arbeitsverhältnissen betroffen sind) zurückzugreifen, was die Abhängigkeitsbeziehung zu den Eltern festigt und die persönliche Emanzipation in weitere Ferne rücken lässt. Doch auch die Teile der Jugend, die eine „gute“ Arbeit haben, verdienen oft nur ca. 1000 Euro monatlich und werden über Zeitarbeitsfirmen oder sonstige stark befristete Arbeitsverträge abgespeist. Wichtige Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse, wie geregelte Arbeitszeiten, soziale Absicherungen und die Krankenversicherung wurden von den letzten Regierungskoalitionen stark beschnitten bzw. liquidiert und somit ist sowohl das heute als auch das morgen für viele von uns von ernsthaften Ängsten geprägt. Diese Situation, die Angst vor Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit kann dann von der herrschenden Klasse ausgenutzt werden, um uns unwürdige Lebens- und Arbeitssituationen aufzuzwingen: „...besser als gar nichts.“

Diese Bedingungen sind jedoch nichts Neues, denn in der BRD wurden

zwar in „guten alten Wohlfahrtszeiten“ durch den Druck der Arbeiterklasse einige Zugeständnisse an die Lohnabhängigen erteilt, doch fußt das kapitalistische System schlechthin auf der Ausbeutung der Massen durch einige wenige. Diese einigen wenigen, sprich die Bourgeoisie und ihre Verwalter im Parlament, können nun seit der Rotgrünen Regierung diesen Gegensatz nicht mehr durch aufwendig verpackte kleine Geschenke kaschieren. Inmitten der gravierenden Weltwirtschaftskrise werden die Angriffe auf die Massen noch verschärft und so droht auch der Jugend eine weitere Verschlimmerung ihrer Ausbildungs- und Arbeitssituation.

Dies betrifft auch die Kinder des deutschen Kleinbürgertums und Studierende. Während nur etwa 23% der Jugendlichen Zugang zu einer universitären Ausbildung finden (wobei Kinder von Migranten und Arbeitern kaum vertreten sind) bedeutet die aktuelle Bildungsmisere auch für sie keine Privilegien. Studiengebühren, (Teil-)Privatisierungen der Hochschullandschaft, abstruse Studienmodelle nach dem Bologna-Abkommen und strenge Lehrvorschriften machen auch aus den Studierenden - genauso wie aus den Auszubildenden - Maschinen im Dienste der Interessen der herrschenden Klasse, die vorgibt was und wie zu lehren und zu lernen ist, damit das Studium den „maximalen Nutzen“ erreicht. Die bürgerliche Universität nutzt allerdings nur den Interessen der herrschenden Klasse und so wird kein selbstbestimmtes Wissen generiert, dass dem gesamtgesellschaftlichen Wohl zu Gute kommen kann, sondern eine Kaderschmiede der bürgerlichen Eliten und ihrer Ideologien aufgebaut.

„Ihr könnt uns mal...“

Abgesehen von einigen „sozialen Nebenerscheinungen“, wie steigendem Drogenkonsum, kulturellen Projekten

und ähnlichem ist doch auch das politische Bewusstsein einiger Teile der Jugend aufgewacht - fern ab von der von den bürgerlichen Massenmedien und Politikern oft unterstellter „Politikverdrossenheit“. So sind nach einer Studie der DGB Jugend mehr als die Hälfte dazu bereit, „für ihre Interessen gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen und an Protestaktionen teilzunehmen“. Die traditionellen Parteien und bürgerlichen Institutionen schneiden jedoch schlecht ab bei der Jugend: 74% sehen die „Sorgen und Probleme“ der jungen Generation im politischen System nicht ausreichend repräsentiert. Auf die Frage „Welche der folgenden Parteien kann Deiner Meinung nach die Probleme in Deutschland am besten lösen?“ kreuzen sogar die meisten die Antwort „Keine Partei kann die Probleme in Deutschland lösen“ an.

Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Wirtschaftskrise zu einem enormen Legitimationsverlust der Parteien und Institutionen des bürgerlichen Regimes geführt hat und die Krise sich nicht auf die Ökonomie beschränkt sondern an der gesamten institutionellen Ordnung rüttelt. Keine der „Volksparteien“ Deutschlands hat in der letzten Epoche nicht gravierende Mitglieder- und Wählrückgänge zu verzeichnen gehabt. Denn den „dort oben“ fällt es zunehmend schwer ihre Politik und Maßnahmen durch Konsens zu legitimieren. Daher müssen sie auf immer repressivere Maßnahmen zurückgreifen, wie die Ausdünnung der Versammlungsfreiheit, Internetsperren, Verbot von spontanen Jugendtreffs in manchen Stadtvierteln, etc. Die ständigen Angriffe auf die Lebensbedingungen der Massen im allgemeinen und der Jugend insbesondere, sowie der schwindende Einfluss der traditionellen Vermittlungsinstanzen und die sich allmählich auftuenden Risse in der institutionellen Ordnung bei der gleichzeitigen Notwendigkeit von politischen Alternativen, führen zu einer steigenden Zuwendung zu radikaleren Projekten.

„Entweder wir oder die...“

Die aktuelle Wirtschaftskrise und ihre dargestellten Folgen sind keine periodische Krise, wir befinden uns mitten in einer Krise des Systems Kapitalismus an sich. Dies bedeutet auch, dass die verheerenden Zustände von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Prekarisierung und Bildungsmisere nicht allmählich und friedlich durch Reformen innerhalb des Systems und durch neue, andere Regierungen oder starke Oppositionen abänderbar sind. Auch neue Ansätze, wie einst die Linke oder auch die neue Lieblingspartei computerzentrierter

Männer die Piratenpartei können nichts dagegen tun: Der Kapitalismus ist nicht zu vermenschlichen. Er ist unmenschlich, da er auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Reichtumsschaffenden basiert. Wenn wir uns also gegen die Verelendungsmaßnahmen wehren wollen, unsere soziale Situation verbessern wollen, Kriege verhindern und frei sein wollen, dann benötigen wir eine andere Perspektive als die der Reformisten des Systems oder autonomer Träumereien: eine sozialistisch revolutionäre Perspektive, die die Verantwortlichen der Krise zur Rechenschaft zieht. Im Aufbau dieser Perspektive kann und wird gerade die Jugend eine entscheidende Rolle spielen, indem sie basierend auf ihren Bedürfnissen im Jetzt Übergangsforderungen stellt, die eine Brücke zu einer Neuordnung der Gesellschaft aufbauen. Angesichts der aktuellen Situation in Deutschland haben wir (siehe Leitartikel) einen Dringlichkeitsplan erstellt, der eben solche Forderungen enthält um uns gegen die bevorstehenden Angriffe der „Biene Maja-Koalition“ zu wehren und eigentlich ein einfaches Ziel verfolgt: Wir holen uns zurück, was uns genommen wurde. Warum sollten also nicht die Reichen mit Progressivsteuern dafür aufkommen, dass jeder einen würdigen Stundenlohn verdient? Warum sollten wir uns weiterhin die Hartz4-Bedingungen antun, wenn eigentlich alle Arbeit unter allen zur Verfügung stehenden Kräften verteilt werden kann? Warum sollten wir nicht anstatt arbeitslos zu werden unseren Arbeitsplatz selbst organisieren und die Unternehmen die schließen enteignen? Wir könnten! Wir könnten all dies tun, wenn wir den Kampf mit denen aufnehmen, die uns überwachen, unterdrücken, ausbeuten und bevormunden. Gerade als Jugend haben wir kreative Ideen des Protests, der politischen Artikulation und viel Kraft für die Zukunft. Diese Kraft muss gebündelt werden, damit die fortschrittlichsten Sektoren der Jugend an der Seite der ArbeiterInnen für eine revolutionäre Lösung dieser Krise eintreten. So war schon Leo Trotski von der bedeutenden Rolle, die die Jugend spielt überzeugt: *„Die Erneuerung der Bewegung vollzieht sich durch die Jugend, die frei ist von aller Verantwortung für die Vergangenheit. Die IV. Internationale wendet der jungen Generation des Proletariats besondere Aufmerksamkeit zu. In ihrer ganzen Politik bemüht sie sich darum, das Vertrauen der Jugend in ihre eigenen Kräfte und in ihre Zukunft zu erwecken. Nur die frische Begeisterung und die Angriffslust der Jugend können die ersten Erfolge im Kampf sichern; nur diese Erfolge können die besten Elemente der alten Generation auf den Weg der*

Revolution zurückkehren lassen. So war es bisher und so wird es immer sein.“ (Trotski, L.: *Das Übergangsprogramm*)

„Und nu...?“

Angesichts der aktuellen sozialen Situation breiter Massen der Jugend und den anstehenden Angriffen durch die neue Koalition möchten wir hier konkrete Aktionsfelder aufmachen, wie wir uns gegen sie wehren können und vielleicht diesen Herbst ähnlich wie die Jugend Griechenlands im letzten Jahr zu einem heißen Herbst werden lässt.

Würdige Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze für alle!

Angesichts der Entlassungswelle, die bereits angestoßen ist und oft zunächst die jungen ArbeiterInnen betrifft ist es unabdingbar für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze zu kämpfen. Gegen angeblich wirtschaftlich unumgehbare Werksschließungen, wie beispielsweise bei Mahle-Alzenau Mitte dieses Jahres (s. IK N°3), haben sich die ArbeiterInnen gewährt. Durch wilde Streiks kann Druck auf die Unternehmer ausgelöst werden, oft jedoch wird dieser durch bürokratisierte Gewerkschaftsführungen unterbunden. Ein konsequenterer Schritt zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze ist die Ausweitung von Streiks und Blockaden bis hin zur Besetzung der Betriebe. So haben beispielsweise die Arbeiter der Kachelfabrik Zanon in Argentinien (s. Art. S. 21) sich gegen ihren Rausschmiss und Werkschließung gewehrt, indem sie letztendlich die Produktion unter Arbeiterkontrolle fortgeführt haben. Dabei ist es wichtig, keinen Unterschied bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen zwischen Festangestellten, Leiharbeitern, Hilfsarbeitern oder Azubis zu machen. Eigentlich ist Arbeit für alle gesellschaftlichen Kräfte vorhanden, wenn sie verteilt wird und nicht versucht die Arbeiterklasse zu spalten – dies trifft auch auf ausländische Arbeitskräfte zu: Die Fremdenfeindlichkeit unter ArbeiterInnen wird von der herrschenden Klasse geschürt, obwohl wir eigentlich ein Ziel verfolgen. Auch Frauen werden oft immer noch von einigen Arbeitsplätzen ferngehalten oder für gleiche Arbeit weniger bezahlt – eines der kapitalistischen Umdinger, gegen die wir uns sofort mit einer Perspektive jenseits von Geschlecht, Sexualität oder Kultur wehren müssen: In gemeinsamen Streiks und Protestaktionen. Zu einem würdigen Arbeitsplatz oder auch Ausbildungsplatz gehört jedoch auch eine ausreichende Bezahlung, während Unternehmer und Banken gerettet werden gehen wir bankrott. Dagegen können wir uns wehren, indem wir

massive Lohnerhöhungen fordern, die sich gleitend den verteuerten Lebenshaltungskosten anpassen. Diese Forderungen werden selbstverständlich nicht einfach von der Bourgeoisie und ihren parlamentarischen Vertretern angenommen, wir müssen uns auf eine harte Phase der Auseinandersetzungen vorbereiten. Dies gilt auch für die Schul- und Hochschulbildung: Während sich viele Studierenden gegen Studiengebühren und –bedingungen wehren, wie beispielsweise in dem massiven Bildungsstreik diesen Jahres, verhaften ihre Forderungen oft an der Vorstellung ein höheren Bildungsetat oder linkere Regierungen könnten die Studienbedingungen positiv reformieren. Dabei sei uns aber klar, dass ohne ein klares Einstehen für Bildungseinrichtungen im Dienste der Werktätigen keine freie Bildung für alle zu erreichen ist. Gegen die Bildungsmisere bleibt uns auch an der Schule und Universität der Möglichkeit, unsere Bildungseinrichtungen zu übernehmen. So sollten in diesem Jahr die Bildungsproteste ausgeweitet werden, Fakultäten befreit und mit den Lohnabhängigen an Bildungseinrichtungen für eine freie allgemeine Bildung im Dienste der Massen gestreikt werden. So zeigen uns auch unsere Genossen im europäischen Ausland, mit ihren massiven Protesten gegen den Bologna-Plan in Spanien, den Weg. Dabei ist es auch wichtig, dass wir uns dagegen wehren, dass die Bundeswehr versucht an den Universitäten für ihre Kriegsspiele zu rekrutieren!

Demokratisierung der Arbeiter- und Studentenorganisationen!

Ein Grundproblem bei der Organisierung von Protesten und Widerständen gegen die aktuelle Situation der Jugend ist die Atomisierung der Bewegungen und die politische Vielfältigkeit und Unklarheit. Vollversammlungen an Universitäten sind beispielsweise wichtige Organe um Strategien des Widerstands gemeinsam und demokratisch zu diskutieren und besser zu organisieren. In den meisten Betrieben ist diese Art der Versammlungsfreiheit jedoch nicht gewährt. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen jedoch keine verstaubten undemokratischen Sitzungen abhalten, sondern können gerade durch den Einsatz von den jungen ArbeiterInnen zu lebendigen Instrumenten werden, die die Organisation der Arbeit und des Widerstands gegen die Chefetagen diskutieren und stetig rechenschaftspflichtige und abwählbare Vertreter wählt. In vielen Arbeiterkämpfen hier in Deutschland war es erkennbar, dass die Gewerkschaftsbasis wesentlich weitergehende Forderungen stellt als ihre Führungen durch-

setzten wollen. Diesen Druck gilt es auszuweiten und standzuhalten, wir lassen uns nicht mit Lohnerhöhungen von 4% (die in der Regel nicht mal die Inflationsrate abdecken) oder Kurzarbeitsprogrammen (einer verdeckten Form von Arbeitslosigkeit) abpeisen.

Das undemokratische Vertretertum, das wir in den Gewerkschaften finden, spiegelt letztendlich die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie wieder, die auch an den Universitäten herrschen. Die Studierendenparlamente (oder Astas) funktionieren nach dem gleichen Modell der undurchsichtigen Vertreterwahlen und sind keine wahrhaft demokratischen Instrumente der Studierenden und Angestellten. Auch dieses Organ kann durch den Druck der Studierenden erobert werden, indem wir massive Vollversammlungen ausrufen an Stelle von untransparenten, kleinen Entscheidungsorganen. In diesen Vollversammlungen muss auch eine klare Strategie diskutiert werden, die es uns ermöglicht sowohl reformistische Illusionen von Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien als auch puren spontanen Aktivismus von neoautonomen Organisationen ohne Programm, zu überwinden.

Internationale Solidarität zwischen Studierenden- und Arbeiterkämpfen!

Die Belange der Studierenden, SchülerInnen und jungen ArbeiterInnen sind in ihren Einzelheiten unterschiedlich. Trotzdem fußt das Grundprinzip unserer Fremdbestimmung (einige wenige über die Massen) auf ein und demselben Klassengegensatz des kapitalistischen Systems. Auch wenn unser Widerstand sich immer aus unserem konkreten Umfeld ergibt und unsere Lebensbedingungen betrifft, so ist doch ohne eine Generalisierung unserer Perspektive alles verloren. Studierende alleine, zum Beispiel, da sie kaum ökonomischen Druck gegen die Kapitalisten ausüben können, werden kaum ihre Forderungen für eine freie Bildung für alle in der Politik durchsetzen. Wenn sich jedoch Teile der jungen Arbeiterklasse mit ihnen verbünden und beispielsweise mit ihnen demonstrieren, wie es in einigen Städten beim letzten Bildungsstreik der Fall war, sind wir einen Schritt weiter. So zeigte zum Beispiel der Kampf der französischen Jugend gegen ihre Situation und den Kündigungsschutzabbau der CPE umgekehrt dasselbe Prinzip: Auch Studierende und SchülerInnen sollten sich praktisch und konkret mit aktuellen Arbeiterkämpfen verbinden, denn letztendlich werden sie auch bald auf dem kahl rasierten Arbeitsmarkt stehen und nach Hilfe schreien.

Gerade bei der Abwehr von den anstehenden Entlassungswellen können Studierende Solidaritätskomitees an ihren (Hoch-)schulen bilden, Aufklärungskampagnen begleiten, Streikkomitees mit Rat und Tat zu Seite stehen und mit den ArbeiterInnen über politische Perspektiven diskutieren. In Mexiko Stadt beispielsweise verbünden sich gerade Studierende mit den Arbeitern des Elektrizitätssektors: sie führen gemeinsame Informations- und Protestveranstaltungen durch und bereichern sich gegenseitig im Kampf (siehe Artikel in diesem Heft). So können wir uns auch hier, mit ArbeiterInnen von Opel, Quelle, Thyssen-Krupp, der Bahn und allen gefährdeten Sektoren solidarisieren und unsere Kräfte doppelten, wobei diese Perspektive nicht am Stadtrand oder Grenzen halt machen sollte. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, eine internationale solidarische Perspektive aufzubauen, die es uns erlaubt von Erfahrungen anderer Länder und Kontinente zu lernen, uns zu nähern im Widerstand gegen die kapitalistischen Angriffe. So können Unterschriftenaktionen oder Solidaritätsbekundungen, die wir beispielsweise den Kraft-ArbeiterInnen in Argentinien (siehe Artikel in diesem Heft) zukommen lassen, dort zu einem Anstieg der Moral der ArbeiterInnen in ihrem täglichen Kampf führen. Dies wären Beispiele zum Aufbau einer konkreten Brücke des Internationalismus, denn die Arbeiterklasse hat kein Vaterland.

Wider den imperialistischen Kriegen und der Repression!

Neben den unmittelbaren Schritten zur Verteidigung unserer Arbeits- und Studienplätze durch die Organisation der fortschrittlichsten Sektoren der Jugend ist es auch unabdingbar, dem Morden im Nahen Osten durch deutsche Waffenträger ein Ende zu setzen. Die Aufrüstung (die nach Angaben Merkels in dieser Regierungsperiode massiv zunehmen wird) bringt Leid und Elend in unterdrückte Völker um die Profitrate der deutschen Bourgeoisie zu steigern und machtpolitische Manöver durchzuführen, den deutschen Imperialismus auszuweiten (siehe Afghanistan-Artikel in diesem Heft). Die Jugend war immer ein Anführer von Anti-Kriegs-Bewegungen und muss auch heute gegen die Militarisierung antreten, wobei jedoch eine klare Imperialismusdebatte zu führen ist und nicht auf pseudo-pazifistische Versprechungen der bürgerlichen Parteien zu Vertrauen ist, die letztendlich wie im Falle der Linken kapitalistische Kriege unter den Deckmantel der Vereinten Nationen, also als völkerrechtskonform, legitimieren. Insofern ist es unabdingbar

uns gegen die Einsätze der Bundeswehr zu mobilisieren, zu demonstrieren und nicht nur den sofortigen Rückzug der Truppen zu fordern, sondern für ihre Niederlage einzustehen.

Auch im Inneren müssen wir uns mit einer Anschraubung der Überwachungs-Kontroll- und Repressionsmechanismen auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang hat die Piratenpartei mit ihrer Angst um „den gläsernen Menschen“ (ihr einziger Programmpunkt) viele Wählerstimmen im September gewonnen und vermag es auch große Demonstrationen gegen den „Überwachungsstaat“ zu mobilisieren. Hiermit wird deutlich, dass immer mehr Jugendliche sich in ihrer demokratischen Rechten eingeschränkt fühlen. Der Widerstand gegen die Aufrüstung von Geheimdiensten, Kontrollverfahren und politischer Verfolgung ist jedoch nicht auf der parlamentarischen Ebene zu suchen. Die Bourgeoisie bereitet sich heute (wieder einmal) darauf vor, zunächst die linke Avantgarde auszuspionieren und zu verfolgen um später auch gegen widerständige ArbeiterInnen vorgehen zu können und ihnen elementare Rechte, wie das Streikrecht unter fadenscheinigen Notstandsregelungen zu verwehren. Unser Einsatz zur Erhaltung von demokratischen Grundrechten muss sich also von vorneherein mit den ArbeiterInnen verbünden und einen Abwehrplan mit revolutionärer Perspektive gegen die Angriffe auf unsere Freiheiten entwickeln.

„Jetzt aber...!“

– es liegt nun an uns, uns gegen das Abladen der Krisenkosten auf unseren Rücken durch dargestellte Aktionsformen zu wehren und eine revolutionäre Perspektive in der Jugend aufzubauen, die das Beste der historischen Erfahrungen des Proletariates mit unserem Mut verbindet und Marxismus nicht nur als eine intellektuelle Denkaufgabe auffasst, sondern alltäglich als Methode angewendet und somit den Kampf gegen Prekarisierung und Unterdrückung Seite an Seite mit der Arbeiterklasse führt. Wir wollen dazu beitragen eine aktive, denkende, solidarische Jugend zu gestalten. Eine Jugend frei von kleinbürgerlichem Individualismus, dem Skeptizismus feiselig, eine in die Zukunft der Menschheit optimistische Jugend. Eine Jugend, die mit den Vorstellungen der herrschenden Klasse bricht, und sie auf den Tod bekämpft. Dieser Kampf ist jedoch kein Generationen- sondern ein Klassenkampf und somit kann die Kraft der Jugend nur als Teil einer Bewegung zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei Frücht tragen.

Frankreich: Neues Ereignis angesichts der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Das industrielle Proletariat Frankreichs fängt an sein Haupt zu erheben*

August 2009

Die Entlassungswelle rollt, partielle Arbeitslosigkeit, Unternehmensschließungen. Die Arbeiter Frankreichs fühlen die Effekte der globalen kapitalistischen Krise: mit 243.400 Arbeitslosen mehr als am Anfang des Jahres und einer halben Million mehr seit August 2008, zu denen noch 146.000 Lohnabhängige in Kurzarbeit hinzuzufügen sind (Zahlen vom letzten Quartal 2008). Für das laufende Jahr werden 639.000 mehr Arbeitslose erwartet, mit anderen Worten 1.750 pro Tag.

Angesichts dieser sozialen Katastrophe, die gerade erst beginnt, versuchen jene Teile der Arbeiterschaft im privaten Sektor, allen voran die Industriearbeiter, welche praktisch keine Rolle bei den letzten Klassenkampfprozessen in Frankreich gespielt hatten, die Angriffe gegen sie abzuwehren. Ein Beweis dafür ist das massive Auftreten dieses Sektors in den Aktionstagen vom 29. Januar und 19. März, aber vor allem die Welle von Streiks und Konflikten, welche mit radikalen Methoden bis hin zu Einsperrung von Managern und Chefs ausgetragen wurden.

Diese Konflikte, welche aus der Perspektive der gestellten Forderungen einen defensiven Charakter haben, sind die Antwort auf die Auswirkungen der Krise in Frankreich. Sie zeugen von einer zunehmenden Radikalisierung ihrer Kampfmethoden. Diese erste Phase des Widerstandes der Lohnabhängigen ist im Vergleich zu anderen Teilen der Welt am fortgeschrittensten in Frankreich und bezeugt gleichzeitig eine ermutigende Dynamik angesichts der Herausforderungen, die die Arbeiter in den kommenden Monaten und Jahren werden bewältigen müssen.

Die Bourgeoisie und die Regierung sind sich dessen bewusst. Dies erklärt auch einerseits bestimmte Zugeständnisse, die trotz der schlechten Wirtschaftslage die Bosse in manchen Sektoren mit den Arbeitern vereinbart haben,

andererseits die zögernde Haltung der Regierung bei der Anwendung repressiver Maßnahmen.

Die Interessenausgleichspolitik der Gewerkschaftsführungen und ihre Strategie, die Energie der Arbeiter mittels einzelner isolierter Aktionstage, fast immer ohne den Streik auszurufen, zu bündeln, spielt eine entscheidende Rolle bei der Umrichtung der Dynamik. Denn ohne die verräterische Politik der Gewerkschaftsführungen könnten all diese Arbeitskämpfe mit denen des öffentlichen Sektors und der kämpfenden Jugend zusammenkommen und in einen Generalstreik münden.

In dieser Hinsicht sind die Aussagen von François Fillon aufschlussreich, der mit seinem Vorgänger Dominique de Villepin polemisierte, als er sagte: „Die Gewerkschaften sind zuweilen verantwortlicher als manche Politiker, die über unser Land sprechen, als ob es sich in einer vorrevolutionären Situation befände.“ Es ist genau diese Dynamik, welche zu einer solchen Situation führen könnte, die die Gewerkschaftsführungen (vorerst erfolgreich) zu blockieren versuchen.

In diesem Artikel werden wir den Versuch unternehmen, anhand einiger Beispiele die Möglichkeiten und Grenzen dieser Mobilisierungen sowie die Eigenschaften der ersten Streikwelle aufzuzeigen, welche das Land erschüttert hat und welche eine wahrscheinliche Verschärfung des Klassenkampfes und, angesichts der Weltwirtschaftskrise, das Betreten der Kampfarena seitens der Arbeiterklasse verkündet.

Eine Welle von der Peripherie Richtung Zentrum (der Produktion)

Die Autoindustrie ist einer der Bereiche mit der höchsten Arbeiterkonzentration in Frankreich. Trotzdem schafft es die herrschende Klasse grö-

ßere soziale Bewegungen bei den größten Produzenten zu unterbinden, vor allem mit dem Mittel der staatlichen Finanzierung der Teilarbeitslosigkeit, sprich Kurzarbeit, die eine Entlassungswelle bisher verhindert hat. Die Zuliefererfirmen (die als Anpassungsvariable des Kraftfahrzeugsektors fungieren) weisen jedoch eine große Zahl von Konflikten überall im Land auf. Einige Beispiele davon sind: Faurecia, Lear, Valeo, Trèves, Visteon, Molex, Delphi, Akebono, Key Plastics, Préciplast, ThyssenKrupp Sofedit, Sonas, Wagon, IGA, Rieter, Eurostyle, Plastic Omnium, Simoldès, Inoplast und Sodimatex.

Diese manchmal langen Konflikte haben unmittelbare und schwerwiegende Folgen für die Produktion bei den Kraftfahrzeugherstellern. Der notorischste Fall ist der der Zuliefererfirma Lear in Lagny-le-Sec in l'Oise, wo der Streik, der seit sechs Wochen andauerte, zur Anhäufung von 15.000 unverkäuflichen Autos führte, die sich im Parkplatz von Peugeot-Citroën in Aulnay stapelten. Aber auch in anderen wichtigen Produktionsgebieten wie Sochaux und Mülhausen hat der Streik die Produktion im Werk von Visteon bei Rougegoutte beinahe zum Erliegen gebracht, nachdem sie von den Auswirkungen des Streiks bei Key Plastics in Voujeaucourt stark beeinträchtigt worden war.

Aber die Streiks bei den Zuliefererfirmen betreffen nicht nur die Produktion dieser Unternehmen. Der Streik des Unternehmens Faurecia bei Aichel verursachte einen Streik bei Toyota in Onnaing, weil es dort zu einem Anstieg der nicht gearbeiteten Schichten aufgrund der fehlenden Versorgung mit den nötigen Teilen kam, was zu beträchtlichen Lohnverlusten bei den Arbeitern führte. Die Arbeiter dort hatten auch gesehen, wie ihre Kollegen in Faurecia eine Erhöhung an den Gewinnbeteiligungen von 1.00 Euro und danach eine Ausgleichsabfindung von 2.000 Euro

erkämpft hatten. Somit bewiesen diese Arbeiter die Wirksamkeit der Streikmethoden.

Die ansteckende Natur dieser Streiks machte dort nicht Halt: Einige Tage später trat die Belegschaft der Zuliefererfirma Sismoldès in den Streik mit den gleichen Forderungen wie ihre Kollegen bei Toyota.

Dieser Prozess beginnt auch, sich bei Zuliefererfirmen der großen Fabrikproduzenten wie Peugeot-Citroën bei Saint Ouen zu entwickeln. Im April trat die Belegschaft in Sant Ouen, die seit 1983 keinen Streik mehr durchgeführt hatte, in den Streik bei einer Beteiligung von 80%. Dieser Streik richtete sich gegen die geplante Maßnahme des Unternehmens, die während der Woche nicht gearbeiteten Tage durch Samstagsarbeit nachzuholen; allein im Mai wären es 4 Samstage gewesen. Nach 14 Stunden Streik gab die Unternehmensleitung nach: Es wurde vereinbart, dass maximal einen Samstag im Monat gearbeitet werden darf, sowie die Aufhebung des täglichen Bonus für jeden RTT (Dabei handelt es sich um zusätzliche freie Tage, die seit Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen 35-Stunden-Woche die Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, ohne die effektiv erbrachte Wochenarbeitszeit einzuschränken.) gearbeiteten Tag und die Zahlung der durch den Streik verloren gegangenen Stunden.

Der Streik bei Toyota stellt in Ansätzen die Frage, wer für die Krise zahlen sollte

Ein geschwätziger Generaldirektor war der Tropfen, der fehlte, um die Wut der Arbeiter von Toyota bei Onnaing Anfang April zum Überlaufen zu bringen. Als der Chef über die Folgen der Arbeits-

losigkeit sagte: „Es ist besser, Pleite zu gehen als eine 100 % Bezahlung zu leisten“, während die Arbeiter zwischen 200 und 300 Euro von ihren Löhnen abstreichen sollten, war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Am Anfang waren in einer Fabrik mit 3.000 Arbeitern nicht mehr als 60 Kollegen, die bereit waren, in den Streik zu treten. Aber nach und nach haben diese 60 alle anderen mitgezogen. Vier Tage nach Ausbruch des Konfliktes waren es bereits 400 Kollegen, die für die Bezahlung der nicht zu 100% gearbeiteten Tage in den Streik getreten waren. Diese Forderung hatte das Verdienst, die grundsätzliche Frage zu stellen, wer für die Krise zahlen sollte: Die Chefs oder die Arbeiter?

Es wurde ein Streikkomitee gebildet, und die Arbeiter entschieden sich dafür, die vier Fabrikttore mit Streikposten zu blockieren. Somit verursachten sie eine totale Produktionsblockade. Das Ergebnis dieser Aktion war die Zahlung der ungarbeiteten Tage mit 75 % des Bruttolohns einschließlich Bonus, d.h., 95 % des Nettogehaltes, rückwirkend bis zum 1. Februar und ohne Ausgleich (an zu arbeitenden Tagen) für die durch den Streik ausgefallenen Tage.

Auch wenn der Streik die Zahlung von ungarbeiteten Tagen nicht erzwingen, sondern nur die Nacharbeitung auf mehrere Monate strecken konnte, zeigte der Streik in Toyota, dass in der gegenwärtigen Situation sogar ein kämpferischer, mit zähen Methoden geführter Streik, selbst wenn er von einer Minderheit der Beschäftigten durchgeführt wird, den Rückzug der Chefs erzwingen kann. Dies ist möglich angesichts ihrer Angst vor einer Ausbreitung des Konfliktes in einer Gegend, wo es zu vielen Arbeits-

kämpfen gegen Entlassungen und Suspendierungen gekommen ist. In derselben Woche entschlossen sich Regierung und Bosse, beunruhigt durch die Agitation der Arbeiter, eine vorbeugende Anhebung des Kurzarbeitsgeldes für alle Arbeiter durchzuführen.

Caterpillar: Anzeichen für einen Bruch zwischen den Arbeitern und ihren Vertretern?

Das Werk des nordamerikanischen Maschinenproduzenten für die Bauindustrie in Grenoble war ein Erfolgsmodell, das als eines der produktivsten von den 174 Fabriken galt, die das Unternehmen in verschiedenen Ländern hat. In den letzten Monaten beruhte die Berühmtheit jedoch nicht auf der hohen Produktivität der Fabrik, sondern auf der Sackgasse, in der sich die Verhandlungen über den sozialen Plan des Unternehmens befanden angesichts der radikalen Aktionen der Arbeiter und der Konflikte dieser mit ihren gewerkschaftlichen Vertretern.

Die Arbeiter, die immer hart gearbeitet hatten, um die hohen Produktionsniveaus des Unternehmens zu gewährleisten, und so weit gingen, mit Stolz zu sagen „wir haben gelbes Blut“ (die Farbe von Caterpillar), waren alles andere als begeistert, als sie von dem katastrophalen sozialen Plan des Unternehmens, welcher weltweit die Entlassung von mehr als 5.000 Lohnabhängigen, 733 allein in Grenoble, vorsah, erfuhren. Außerdem wurde diese Ankündigung gemacht, als das Werk bei hoher Auslastung und mit stetigen Wachstumsraten produzierte, was zuvor zu der Anstellung zusätzlicher 500 Arbeiter geführt hatte.

Der Konflikt entsteht unter folgenden Bedingungen: Ende Februar rufen die Arbeiter ein Streikkomitee ins Leben, das Ende März entscheidet, vier Direktoren und den Firmenchef zu kidnappen. Mitte April beschließt der Dachverband der Gewerkschaften eine Vereinbarung mit den Chefs, die die Reduzierung der Entlassenen von 733 auf 600 vorsieht. Im Gegenzug verlangt sie eine Umorganisation der Schichten für die Arbeiter, die längere Nachtschichten hätten haben sollen, um die Produktivität zu steigern.

Circa 200 Kollegen von den Werken in Grenoble und Echirolles ziehen wütend zur Generalversammlung der Gewerkschaften, die das Ende des Konfliktes im fernen Paris unterzeichnet haben. Die Gewerkschaftsdelegierten, die in Paris nach 9 Stunden Verhandlung mit der Unternehmensführung antreffen, werden von den Arbeitern nicht in den Saal hin-



Streikende Toyota-Mitarbeiter in Onnaing in Nordfrankreich

eingelassen, wo die Generalversammlung tagen soll. „Jetzt sind es wir, die Arbeiter, nicht die Delegierten, die entscheiden werden“, erklärt ein wütender Demonstrant.

Daraufhin versuchen die Gewerkschaftsführer die Vereinbarung mittels eines abgekarteten Referendums abzusagen, was aber von der Mehrheit der Arbeiter zurückgewiesen wird. In dem Augenblick, in dem wir diesen Artikel schreiben, haben alle Gewerkschaften - außer der CGT - den Vertrag gegen den Willen der Arbeiter und ohne die Sanktionen gegen 19 Kollegen in Frage zu stellen - unterzeichnet. Dieser wird als „Vertragsentwurf“ zur endgültigen Abstimmung im Oktober deklariert. Bei der anschließenden Versammlung muss der Sekretär von FO (Force Ouvrière) angesichts der Wut der Arbeiter regelrecht fliehen.

Wenn die 600 Entlassungen letztendlich stattfinden, wird dies zweifellos eine wichtige Niederlage darstellen. Auf der anderen Seite wird sie eine wichtige Lehre über die Politik der Gewerkschaftsführungen sein.

Radikale Methoden, nicht jedoch so das Programm

Zurzeit bieten die Personalabteilungen der Fabriken in Frankreich den Geschäftsführern und leitenden Angestellten einen neuen Dienst an: Wie sie sich im Falle eines Kidnappings durch Arbeiter verhalten sollen. Allein diese Tatsache zeigt, wie verbreitet diese radikalen Methoden sind. Einige Beispiele davon sind die Fälle von Sony, Molex, Caterpillar und 3M gewesen, welche zum Zeitpunkt dieser Aktionen mit einer Unterstützung von 45 % in der Bevölkerung rechnen konnten.

Die von den Arbeitern gestellten Forderungen, die diese aufsehenerregenden Maßnahmen ergreifen, sind jedoch zum größten Teil sehr defensiver Natur, wie, z.B. die Erhöhung von Abfindungen im Entlassungsfall oder lediglich Verhandlungseröffnungen mit den Unternehmen. Hierbei handelt es sich aber auch um eine Art Aufmerksamkeit zu erregen auf die oft unbekanntem Konflikte, die angesichts der Entlassungswelle, die das Land erschüttert, untergehen.

In Continental bei Clairoux wurden keine Chefs gekidnappt, aber der Fabrikdirektor wurde mit Eiern an dem Tag beworfen, als er den versammelten Arbeitern die Gründe für das Schließen des Werkes und die Entlassung von mehr als 1.000 Kollegen zu erklären versuchte, obwohl die Arbeiter einige Monate zuvor eine Arbeitszeitverlängerung auf

40 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich angenommen hatten, um vermeintlich ihre Jobs zu retten.

Als dieselben Arbeiter -die in den Büros der Regierung in Compiègne zelteten und auf die Gerichtsentscheidung ihres Antrags auf Annullierung der Werkschließung von Clairoux warteten- den für sie negativen Ausgang der gerichtlichen Entscheidung erfuhren, brach eine Welle der Entrüstung los, die Arbeiter zerstörten Teile und Mobiliar der Subpräfektur, bevor sie sich auf den Weg zum Werk machten und dort Ähnliches unternahmen.

Nach mehr als zwei Monaten Kampf hat die Führung von Continental Zugeständnisse bekannt gegeben, die die Arbeitsverträge (und deshalb Löhne) bis zum Ende 2011 sichern sowie einen Plan im Falle von Arbeitslosigkeit, der 75% Arbeitslosengeld bis 2014 garantiert sowie 50.000 Euro netto und eine Zulage für jedes gearbeitetes Jahr vorsieht. Diese Vereinbarung, die noch unterzeichnet werden soll, ist ein Zugeständnis der Chefs, um diesen sinnbildlichen Kampf eines Sektors der französischen Arbeiterklasse zu brechen. Sie stellt auch der Versuch dar, die Fabrikschließung zu versüßen, um eine politische Radikalisierung des Konfliktes zu vermeiden, denn dieser Konflikt hätte sich auf die Subjektivität der Gesamtheit der französischen und europäischen Arbeiterklasse auswirken können.

Die Conti Mitarbeiter, wie sie genannt werden, verwandelten sich in ein Symbol der Tragödie, die für die Gesamtheit der Arbeiterklasse Frankreichs gerade erst anfängt. Wenn es zu einem Aufruf zur Konvergenz der stattfindenden Kämpfe, zu einem nationalen Kampf der Werktätigen gegen Entlassungen, und dafür, dass die Kapitalisten für die Krise zahlen, gekommen wäre, hätte dies einen großen Fortschritt dargestellt, um die Isolierung und die Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratien zu überwinden.

Dieses Beispiel genügt, um die bestehende Kluft zwischen der Radikalisierung der Methoden und der vorerst fehlenden politischen Radikalisierung der Lohnabhängigen darzustellen. Die Überwindung dieser Kluft würde es ermöglichen, den jetzigen aussichtslosen Weg des „Rette sich, wer kann“ zu verlassen.

Hätten die Arbeiter, statt für bessere Abfindungen einzutreten, ihre radikalen Methoden gleich dazu benutzt, die Fabriken zu besetzen und unter eigener Regie die Produktion voranzutreiben, bei gleichzeitiger Forderung, diese ohne Ent-

schädigung und unter Arbeiterkontrolle zu enteignen - wie dies in der Kachelfabrik Zanon der Fall ist-, würde die Situation völlig anders aussehen.

Wenn Continental diesem Beispiel gefolgt wäre, hätte dies verhindert, dass das Unternehmen den Streik mittels finanzieller Zugeständnisse brechen konnte - denn trotz der Verbesserungen werden mehr als 1.000 Arbeiter in einer tiefgreifenden Krise ihre Arbeit und ihr Brot verlieren. Außerdem hätte dieser Kampf einen starken Einfluss auf die Gesamtheit der Lohnabhängigen, welche massiv unter der Krise leiden, die Massenentlassungen und Fabrikschließungen gehabt.

Das ist gerade erst der Anfang ...

Heute scheint die Welle von Arbeitskämpfen, die sich über das Land wie ein Fegefeuer ausgebreitet hatte und auch andere Sektoren wie die Universitäten, die Elektrizitätsangestellten von EDF-GDF und die Krankenhausmitarbeiter umfasste, vom Kurs abgekommen zu sein. Dazu hat zum größten Teil die Ausgleichspolitik der Gewerkschaftsführungen beigetragen, die einen qualitativen Sprung der Kämpfe verhinderten. Diese hätten auf nationaler Ebene vernetzt werden müssen und die Frage des dynamischen Generalstreiks hätte auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Dies hätte, wie wir am Anfang dieses Artikels erwähnen, der Auftakt einer vorrevolutionären Situation sein können.

Aber abgesehen vom Ergebnis dieser ersten Streikwelle kann allein die Tatsache, dass die industrielle Arbeiterklasse seit Jahren wieder in den Kampf zieht, und dies im Rahmen einer historischen Krise des Kapitalismus weltweit, welche unweigerlich noch mehr Entlassungen und Fabrikschließungen mit sich bringen wird, eine neue Etappe des Klassenkampfes in Frankreich und der Welt ankündigen.

In diesem Zusammenhang ist heute mehr als zuvor die Intervention der NPA innerhalb der Arbeiterklasse notwendig. Die NPA sollte eine Perspektive aufzeigen und mit einem Programm dazu beitragen, die Wut in eine politische Offensive gegen die gesamte kapitalistische Klasse zu verwandeln.

(*)Die erste Version dieses Artikels erschien in Boletín Au Claire de la Lutte N°2

(<http://tendanceclaire.npa.free.fr/>)

Fußnote

1. Verringerung der gearbeiteten Arbeitsstunden gemäß des 35 Stundenwoche Gesetz.

Argentinien

Entweder mit der US Botschaft oder mit den Arbeitern von Kraft Foods

Erstellt aus einem Artikel von Manolo Romano y Ruth Werner, 11. Juni 2009

In Argentinien versucht sich heute das multinationale Unternehmen Kraft Foods (Kraft Terrabusi) durch repressive Maßnahmen für den Aufstand seiner ArbeiterInnen zu rächen, der sich im Juli mit Forderungen für bessere sanitäre Bedingungen aufgrund des Höhepunktes der „Schweinegrippe“ – Pandemie in Argentinien formierte und die Fabriken für eine Woche still legte.

Die Antwort der Fabrikleitung war die Entlassung von 150 Arbeitern. Die Arbeiter besetzten daraufhin die Fabrik und stoppten die Produktion 38 Tage lang. Am 25. September räumte die Polizei das Gelände gewaltsam. Das Fabrikgebäude befand sich seitdem in einem militarisierten Zustand, die Polizei agierte als bewaffnete rechte Hand der Unternehmensführung von Kraft Foods Corporation.

Neben den Straßenblockaden und Protestaktionen der Arbeiter von Kraft, die auf die tatkräftige Unterstützung der Studenten der verschiedenen Fakultäten von Buenos Aires zählen konnten, begann auch der Kampf in den Gerichten. Dabei haben die Arbeiter von Zanon den Arbeitern von Kraft neben den Beiträgen für die Streikkasse auch ihren Anwalt zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Entschlossenheit für die Wiedereinstellung aller Entlassenen hat das Unternehmen immer weiter nachgegeben, wobei sie ständig versuchten, die Basisdelegierten durch verschiedene Manöver auseinanderzubringen. Zuerst wur-

den 30 Entlassene wiedereingestellt. Danach weitere 40. Als Gegenleistung verlangte das Unternehmen eine Friedenszeit von zwei Monaten und den Verzicht auf jegliche gewerkschaftliche und politische Aktivität in der Werksanlage. Beim Redaktionsschluss verbleiben von den ursprünglichen 160 Ausgesperrten und Entlassenen immer noch 53 Arbeiter auf der Straße.

Der Streik bei Kraft-Terrabusi: Ein Wendepunkt im Verhältnis von Kapital und Arbeit

Der Streik bei Kraft-Terrabusi stellt einen Wendepunkt dar: Jetzt geht es nicht mehr nur um die Streitigkeiten zwi-

schen verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse, sondern auch um das Betreten der politischen Arena durch die Arbeiterklasse. Sie nutzt die Unstimmigkeiten innerhalb der herrschenden Klasse, um für ihre Interessen einzutreten. Dieser Kampf wird jetzt schon ein historischer Meilenstein sein, da er sogar die Einmischung der US-Botschaft in den Konflikt verursacht hat.

Ein neuer Akteur hat die politische Bühne betreten: Die Arbeiterklasse. Dies ist das Ergebnis eines Prozesses, der Ende vergangenen Jahres angefangen hat und aufgrund der Schwächung der Regierung bei den Wahlen verstärkt wurde. Teil dieses Prozesses sind die Kämpfe defensiven Charakters in der Autoindustrie von Cordoba und Santa Fe bei IVECO, Renault, Volkswagen und General Motors, die Ende August 2008 und im Sommer (auf der Südhalbkugel) 2009 stattfanden, bis hin zum jüngsten Streik der Erdölarbeiter von Santa Cruz, der Streik der Metallarbeitergewerkschaft, UOM, die sogar kleine Metallunternehmen umfasste, und die Lohnaufstände großer Eisenindustrieunternehmen wie Siderca de Campana. Auch die Staatsangestellten und Lehrer in mehreren Provinzen gingen auf die Straße, angefangen beim Aufstand der städtischen Angestellten von Córdoba bis hin zum noch laufenden eindrucksvollen Streik der Arbeiter im Gesundheitswesen in Tucumán.

Der Grund für die großen Auswirkungen der Aktionen der Arbeiter von



Arbeiter auf beiden Seiten des Fabriktors: Die Fabrik wurde 38 Tage lang lahmgelegt

Terrabusi, die mehrere Wochen lang andauerten und Solidaritätsaktionen verschiedener Sektoren hervorriefen, liegt aber in der Tatsache, dass die Lohnabhängigen jener Industriezweige in den Kampf gezogen sind, die neben der Autoindustrie (in Argentinien) zu den dynamischsten zählen: Die Nahrungsmittelindustrie. Die Bedeutung des Kampfes bei Terrabusi liegt darin, dass er einen multinationalen Monopolisten wie Kraft Foods betrifft.

Der Streik von Terrabusi hat eindrucksvoll gezeigt, dass diejenigen, die die wichtigsten Hebel der nationalen Produktion in ihren Händen halten, die Gerichte, Polizei, Regierungsfunktionäre und Gewerkschaftsbürokraten seit vielen Jahren hinter sich haben. Außerdem hat die Repression vom 25. September innerhalb der Regierung tiefe Wunden verursacht sowie die Beziehungen zwischen der Regierung und der Arbeiterklasse stark ramponiert. Die Fernsehbilder einer gegen einen Arbeiterstreik vorgehenden berittenen Polizei haben sich bei Millionen eingebrannt. Das Ehepaar Kirchner und der Gouverneur Scioli, die in ihrer Wahlkampagne Sirenengesänge an die Arbeiter von Buenos Aires über „die Verteidigung der Beschäftigung“ richteten, haben der Räumung grünes Licht gegeben. Die Forderung aus der US Botschaft – wie Scioli selbst zugab – wurde mittels Tränengas, Schlagstöcken, Gummigeschossen und Verhaftungen von ArbeiterInnen, die für den Erhalt ihrer Anstellung kämpften, quitiert. Das Arbeitsministerium schien nun die Kanzlei des multinationalen Unternehmens zu sein. Die Führung des Dachgewerkschaftsverbandes, CGT, entpuppte sich als Diener des US-Unternehmens. Während Moyano und Daer (die Anführer von CGT) den Streik als „linksradikal“ verurteilten, wuchsen selbst in der peronistischen Basis die Solidaritätsbekundungen, die sich nach der Repression vervielfachten. Die Arbeiter der Schiffswerft Astillero Río Santiago organisierten einen Solidaritätsstreik, der von den Delegierten der Linken und der Peronisten von der „Lista Blanca“ organisiert wurde. Die Fabrikarbeiter von Buenos Aires oder diejenigen der großen Betrieben der Autoindustrie in Córdoba, die bei den Wahlen für die Regierung gestimmt hatten, äußerten ihre Empörung, und selbst Mitglieder der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, UPCN (in der CGT organisiert), beim *argentinischen* Statistikamt, INDEC, haben zum Streikfond beigetragen. Selbst die Führung der Gewerkschaft CTA, die Zentrale der *argentinischen* Arbeiter, musste ihre durch Routine und



Arbeitersolidarität vor dem Gericht

Leblosigkeit geprägte Agenda nach fünf Wochen Stille und Lähmung ändern, um den Delegierten von Terrabusi eine Tribüne bei ihrer Veranstaltung „für die gewerkschaftliche Freiheit“ einzuräumen.

Der Streik von Terrabusi entlarvt gleichzeitig die wahre Rolle der Massenmedien. Um die Umzingelung durch die mediale Diktatur der Monopole zu durchbrechen, die nebenbei alle Werbung für Kraft Foods machen, musste die Panamericana (die wichtigste Verkehrsader im amerikanischen Kontinent) besetzt werden. Dabei zählten die Arbeiter mit der Solidarität eines militanten Sektors der Studierendenbewegung, der wichtige Knotenpunkte in Buenos Aires besetzte, um die Bevölkerung auf den Konflikt bei Kraft Foods aufmerksam zu machen. Diese Aktionen haben auch andere Sektoren angesteckt, die ebenfalls Straßenaktionen starteten. Auch die Arbeitslosenbewegung solidarisierte sich mit den Arbeitern von Terrabusi, ging auf die Straße und forderte im gleichen Zuge die Regierung auf, ihren Forderungen endlich nachzukommen: Die versprochenen Wohnungen endlich zur Verfügung zu stellen.

Das Informationsmonopol, das beim Agrarstreit zwischen der Regierung und den Agrarverbänden das Lockout und die Straßenblockaden der Landwirte und die darauf folgende Lebensmittelknappheit im 2008 unterstützte und live übertrug, versucht heute die Verbreitung der Straßenblockaden zu verhindern. Dabei schürt es ein Klima der Unsicherheit und Agitation gegen die Regierung, um die „öffentliche Meinung“ für rechte Lösungsansätze zu gewinnen: „Nieder mit dem Verkehrschaos“ heißt nun die Parole.

Selbst Präsidentin Cristina Kirchner rief dazu auf, keine Blockaden mehr zu errichten, doch ihr Appell war eher ein Zeugnis von Ohnmacht als von Stärke. Der Streik von Terrabusi und die Solidaritätsaktionen, die dieser hervorgebracht hat, helfen, den Klassencharakter der Debatte um das neue Kommunikationsgesetz zwischen der Regierung und der Opposition im Kongress zu verdeutlichen.

Die Basisdelegierten und die Linke

Hugo Biolcati, Chef des argentinischen Landwirtschaftsverbandes *Sociedad Rural Argentina*, schloss sich den Deklarationen des Industriedachverbandes UIA (Unión Industrial Argentina) und COPAL, der Kammer der Lebensmittelfabrikanten, an: Bei einem Treffen von über 200 Unternehmen in der Stadt Rosario sagte er: „Wir betrachten mit Sorge den Ausbruch solcher Konflikte in den Unternehmen, denn es gibt manche Belegschaftsvertretungen – die Comisión Interna (vergleichbar mit dem deutschen Betriebsrat) AdÜ.–, die mächtiger erscheinen als die CGT selbst“. Diese Sorge der Agrar-Unternehmer über den Gesundheitsstand der CGT zeigt, dass es den Rechten des Landes „zweckmäßig“ erscheint, eine Stütze bei den besten Verbündeten der



Stacheldraht und Polizei am Fabriktor gegen die Avantgarde

Regierung, bei Gewerkschaftsführern wie Daer oder Moyano, zu suchen.

Die *Comisiones Internas* sind den Unternehmen ein Dorn im Auge. Deswegen stellte Kraft López Matheu ein. Er gilt als ein Spezialist bei der Bekämpfung von Basisorganisationen der Arbeiter-schaft. Als Direktor der Gruppe Clarin, ist er verantwortlich für das Verschwin-den der *Comisión Interna* der Zeitung Clarin. Dabei betonte er stets die Notwendigkeit, Hunderte von Arbeitern zu entlassen und die Produktion zu steigern. Das Ziel dieser Personalentscheidung ist klar: Die gewerkschaftliche Organisation der Basis zu zerstören, um die Bedingun-gen der Ausbeutung auf die neuen Zei-ten des kriselnden Kapitalismus anzupas-sen.

Der Grund der Entlassungen liegt nicht im berechtigten Aufstand gegen die Schlampigkeit des Unternehmens bei der Schweinegrippe. Dies beweist die Tatsa-che, dass die Mehrheit der Entlassenen nicht zur Schicht gehört, die den Auf-stand vorangetrieben hatte, sondern zur Nachtschicht, bei der die kämpferischsten Delegierten arbeiteten. Das Unter-nehmen wendet sich an die Justiz und zeigt die kämpferischen Kollegen an, mit dem klaren Ziel, die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu kriminalisieren, Provoka-tionen zu starten, Beweise zu erfinden und sogar Staatsanwälte und Richter zu kaufen.

Der Konflikt bei Kraft komprimiert ei-nen großartigen Widerstand der Lohn-abhängigen gegen den Willen der Mo-nopole, um die Basisorganisationen der

Arbeiterklasse, die Vertrauenskörper und die Betriebsräte zu stärken. Dieser Kampf hat aber auch eine tiefe politische Dimen-sion des Konfliktes offenbart: Wenn die-se Organisationen nicht von den Gewerkschaftsbürokraten kontrolliert werden, gewährleisten sie die Pluralität der Parteien der von der Basis gewählten Delegierten. Anders sieht es beim Verti-kalismus der Gewerkschaften aus, in de-nen „Einheitslisten“ das Sagen haben, wie kürzlich bei der Eisenbahngesellschaft von Pedraza, die die Klassenopposition verbot.

Der Angriff von Daer und Moyano gegen die Streikenden, weil diese „ideo-logisiert“ und „politisiert“ seien, offen-bart die Beziehung zwischen der Arbei-terklasse und der Linken. In den neuen Betriebsräten, und vor allem bei den Vertrauenskörpern, wie zum Beispiel bei den Angestellten der U-Bahn von Buenos Aires, können sich alle gewerk-schaftlichen und politischen Strömun-gen, die sich an den Kämpfen der Arbei-terklasse beteiligen, äußern.

Im Falle von Terrabusi sind Betriebs-rat und Vertrauenskörper von über 40 Basisdelegierten aller Schichten zusam-mengesetzt. In ihnen agieren Unabhän-gige, Anführer von CCC-PCR¹ *zusammen mit den klassenkämpferischen Kräften* in den Gewerkschaften und Volks-bewegungen (CCC) und der PTS (Par-tei der Werktätigen für den Sozialismus), Teil der Strömung „Trotzkistische Frakti-on für die Vierte Internationale“, zu der auch unsere Gruppe „Internationale Klas-senkampf“ gehört. Diese Zusammenar-

beit an der Basis findet trotz der tiefge-henden politischen Unterschiede mit der CCC-PCR statt. Dies wurde eindrucksvoll beim Agrarkonflikt zwischen den Agrar-unternehmen und der Regierung gezeigt. Bei diesem Konflikt reihte sich die CCC (neben der MST - Sozialistische Bewe-gung der ArbeiterInnen - von Vilma Ripoll) hinter den Unternehmensverbänden des Agrarsektors ein, während unsere Strö-mung die Unabhängigkeit beim Streit zwischen den zwei Lagern der Unterneh-mer aufrechterhielt. Dabei hielten wir die Banner der Kachelarbeiter von Zanon hoch, d.h. der politischen Unabhängi-keit der Arbeiterklasse -und somit der Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen- gegenüber den Konflikten im bür-gerlichen Lager.

Dies entspringt der Tatsache, dass die in der Fabrik agierenden verschiedenen politischen Strömungen nur Teil einer Einheitsorganisation der Arbeiter sind und durch die Stimmen der Arbeiterbasis gewählt werden.

Gegen das Vorhaben von Kraft, der US-Botschaft und ihrer Verbündeten!

Wiedereinstellung ALLER Entlassenen!

Fußnote

¹ CCC-PCR: Revolutionäre Kommunistische Partei (Maoisten).



Die berüchtigte argentinische Polizei besetzte das Fabrikgelände, um die Interessen des US-Konzerns gegenüber den Arbeitern geltend zu machen.

Argentinien

Zanon: Ein historischer Sieg

Die ArbeiterInnen von Zanon setzten die Enteignung der Kachelfabrik gegen die Kapitalisten durch

Von Chucho Kahl, 15. Oktober 2009

Chronik

Am vergangenen 13. August wurde endlich und endgültig für das Gesetz zur Enteignung von Zanon gestimmt, ein großer Tag für die ArbeiterInnen dieser Kachelfabrik, die sie 2001 besetzten und unter Arbeiterkontrolle zum Laufen brachten.

„Acht Jahre sind schon vergangen, wir wollen keine weiteren Hinhalten mehr, wir wollen die Enteignung“, schrien die KachelarbeiterInnen – begleitet von einer langen Schlange von Unterstützern: Lehrer, Professoren, Beamte, soziale Organisationen und linke Parteien versammelten sich vor dem Neuquinesen Rathaus, wo die Enteignung verhandelt wurde.

Zu der langen und schwerwiegenden Sitzung waren etwa 50 Vertreter angetreten; unter ihnen einige der alten Veteranen von Zanon, begleitet von einigen Frauen der *Madres de la Plaza de Mayo*, einige Delegationen der CTA (Argentinischer Gewerkschaftsbund), ArbeiterInnen des Statistikamtes INDEC, der U-Bahn, der Textilarbeiterinnen Brukmans. Währenddessen wurde draußen eine Kundgebung abgehalten, auf der alle sich solidarisch erklärenden politischen Organisationen sprachen. Die Aufregung war spürbar. Und um Mitternacht, nach diesem langen Tag des 12. August, der so kalt war, dass die Lagerfeuer kaum wärmen konnten, war es schließlich soweit: der Enteignung wurde zugestimmt. Die Freudenrufe begannen: „Endlich!“, riefen alle „...und dies, obwohl einige immer noch dachten, wir würden es nie schaffen!“. Sie sangen, sprangen, tanzten, umarmten sich und einige Tränen liefen die Wangen hinunter. Die Ältesten erinnerten sich an den langen Streik von 2001, der 34 Tage andauerte. Sie erinnerten sich an diesen Sieg nach einer harten Anspannung. Dieser wichtige Streik öffnete damals den Weg für die spätere Besetzung und Inbetriebnahme unter

Arbeiterkontrolle der wichtigsten Kachelfabrik Argentiniens.

Da sich die ArbeiterInnen bewusst waren, dass die erreichte Enteignung noch nicht das Ende ihres Kampfes sein wird und dass der Enteignungsvertrag Artikel für Artikel untersucht werden müsste, da ihnen Fallen gestellt werden könnten (wie die des „sozialen Friedens“ oder der Zahlung von Verlusten), stimmten sie für eine erneute Mobilisierung am nächsten Tag vor dem Rathaus. Dieser Tag ist das Ende eines wichtigen Stücks Geschichte und gleichzeitig der Beginn eines neuen, nicht weniger schwierigen und kämpferischen Weges. Denn, wie Raul Godoy immer wieder wiederholt:



Die Arbeiter von Zanon feiern ihren Etappensieg

„Zanon ist keine Insel“, wie eindeutige Beispiele wie die Keramikfabrik Stefani de Cutral C6 zeigen, die sich seit mehr als einem Monat gegen Provokationen der Unternehmer im Streik befindet. Der Kampf von Zanon und seiner Gewerkschaft geht weiter.

Ein nationales und internationales Beispiel

Der Kampf in und um Zanon ist in ganz Argentinien anerkannt, hat aber auch auf internationaler Ebene wichtige Verbreitung gefunden. Mit der Zeit haben dieses Prestige und diese Ausweitung eher zu als abgenommen. Gerade im letzten Jahr ist dieses sehr bemerkbar gewesen. Dies ist nicht nur der Verdienst der ArbeiterInnen und ihrer Führung: Die

globale Kapitalismuskrisis, die Millionen Entlassungen und tausende Fabrikschließungen auf der Welt herbeiführte, brachte die Erfahrung der besetzten Fabriken in Argentinien nach seiner Finanzkrise im Jahr 2001, die international verbreitet wurde, wieder auf die Tagesordnung. Acht Jahre später scheint das Licht von Zanon mit neuer Kraft. Seine Politik der Arbeiterkontrolle, anders und progressiver als die von normalen Kooperativen, die die meisten besetzten Fabriken gewählt hatten, seine klassenkämpferische Gewerkschaft, seine Koordinationspolitik, seine Politik der direkten Arbeiterdemokratie, in der die Gesamtversammlung entschieden wird, die periodische Kontrolle der Arbeiter-

basis über die Fabrikgeschäfte, seine aktive Solidarität mit tausenden Konflikten im ganzen Land, seine Unterstützung mit ärmeren Sektoren, in denen ihnen stets, wie sie es nennen „die Arbeit mit der Gemeinschaft“ wichtig war, die Rockkonzerte wie La Rengla, la Bersuit oder Attaque, die sonst unbezahlbar waren und nun gratis für Jugendliche der Region veranstaltet wurden – letztendlich also eine Keramikfabrik voller Aktivismus, die sich die Enteignung verdient hat.

Niemand hat sie ihnen geschenkt, sie haben sie nicht alleine erreicht. Die außerordentliche Unterstützung von Arbeitern der Region und des ganzen Landes war entscheidend. „Sie gewannen die Enteignung, sie entrissen sie dem neuquinesen Regime mit voller Kraft. Sie verlassen das Rathaus voller Zufriedenheit über die gewonnene Schlacht. Die frierende Nacht gibt das Echo dieser Siegeshymne wieder, die natürlich auch in dieser Nacht nicht fehlte. „Es lebe der Kampf von Zanon, es lebe die Arbeiterkontrolle, diese Fabrik gehört dem Volk, in Zanon kommt keiner rein!“

Zur Bedeutung der Enteignung

Zanons Enteignungsgesetz ist ein großer Schritt nach vorne für die

Arbeiterselbstkontrolle. Denn das Gesetz N°2656 der neuquinesischen Verfassung sieht vor, dass sowohl das Grundstück, als auch das Fabrikgelände, die Maschinerie bis hin zum Nachnamen der ausbeuterischen Unternehmer (die Marke „Zanon“) in die öffentliche Hand übergehen, enteignet und ohne weitere Bedingungen oder Zahlungen an die ArbeiterInnen übergeben werden.

Obleich das Gesetz auf der Grundlage eines Gesetzesvorhabens der Provinzialregierung erarbeitet wurde, das die Auszahlung von 23 Millionen Dollar an privilegierte Gläubiger beinhaltete und eine Verstaatlichung nicht berücksichtigte, rückt seine Aufhebung die Möglichkeit des Verkaufs, die Bedrohung einer Räumung und die Möglichkeit, dass sich die Fabrik in ein leeres Gebäude umwandelt, in weite Ferne. Die Enteignung entzieht die Güter dem Einflussbereich des Konkursverwalter, wodurch das Damoklesschwert verschwindet.

Außerdem legt sie der Arbeiterverwaltung keine weiteren Bedingungen auf, beschränkt auch nicht die Unabhängigkeit der Versammlungen, die weiterhin das höchste Diskussions- und Entscheidungsorgan der ArbeiterInnen bleiben werden. Einige Abgeordnete sahen vor, eine Klausel des „sozialen Friedens“ einzufügen, die jedoch von den ArbeiterInnen zurückgewiesen wurde. Dabei ist auch wichtig zu bemerken, dass Zanon keine Produkte, also auch keine Kacheln, als eine mögliche Art der Bezahlung einreichen muss, dem Staat die Kacheln nur für öffentliche Bauvorhaben zum Produktionspreis (dieser umfasst auch die Arbeitskraft und den Maschinenverschleiß) verkauft.

Dies ist ein Zeichen dafür, dass die ArbeiterInnen der Kachelfabrik sich gegen die Entlassungen und Werkschließung im Jahre 2001 erfolgreich zur Wehr gesetzt haben und, wenn die Resignation in diesen Krisenzeiten nicht siegt, ArbeiterInnen die Kraft besitzen, der Zerstörung der Produktionsmittel, die die Kapitalisten vorantreiben, entschieden zu begegnen.

Die Hintergründe

In den Wochen vor den Verhandlungen zum Enteignungsgesetz fand eine heftige Debatte statt: In den Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen der Regierung multiplizierten sich geradezu die Diskussionen und Positionen zu Zanon. Die Arbeitgeberverbände riefen zum Gefecht auf: „Dem Enteignungsgesetz zuzustimmen, bedeutet den Klassenkampf anzukurbeln!“, verkündete immer wieder der Leiter der ACIPAN (Industrie, Handels-

und Berufsvereinigungen – also ein Unternehmensverband). Seine Anhänger folgten gleich seinen Rufen: „Enteignungen sind ein Angriff auf das Privateigentum!“, erklärte der Generalsekretär des argentinischen Gewerkschaftsbundes CGT, während Journalisten auf die unterschiedlichsten Arten und Weisen versuchten, Verleumdungen und gekünstelte Angriffe gegen Zanon zu verbreiten. So versuchten Unternehmer und Verteidiger des Kapitalismus bis zur letzten Minute, gegen die Enteignung von Zanon zu kämpfen, da diese einen Präzedenzfall statuieren würde.

Sie (die Kapitalisten) bereiten sich darauf vor, die Kosten der Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Arbeiter abzuladen, mit einem einfachen Programm: Werks- und Unternehmensschließungen, massive Entlassungen, Einfrierung der Gehälter und Kürzungen. Und sie haben Angst, dass sich eine neue Bewegung von Fabrikbesetzungen verbreiten und ausweiten könnte, die die Programmpunkte der Arbeiterkontrolle und Enteignung verstärkt aufnehmen könnte.

Zanon: Laboratorium für revolutionäre Strategie und Politik

„Durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen sie, daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Meistern (masters), die eine Klasse von „Händen“ anwendet; daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst“ (Marx 1864: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterorganisation)

Es wurde viel diskutiert über das Phänomen besetzter Fabriken in Argentinien. Wichtig ist festzustellen, dass nicht alle denselben Weg gegangen sind. Während fast alle sich dazu entschlossen, als Kooperative (als Genossenschaft) zu funktionieren, unterscheidet sich die Perspektive der Zanon-ArbeiterInnen um einiges. Für sie war die Enteignung und Verwaltung unter Arbeiterkontrolle immer der Schlüssel, d.h. den Unternehmern die Produktionsmittel zu entreißen, damit sie in die Hände der ArbeiterInnen und der Gesellschaft übergehen.

Diese Perspektive erschien vielen als sehr gewagt, als unerreichbar oder wenig sinnvoll aufgrund der Wirtschaftslage. Doch nun haben die Kachelfabrikanten gezeigt, dass es mit einem konsequenten politischen Kampf möglich ist, das Unmögliche zu erreichen.

Dennoch wissen wir, dass neben der außerordentlichen Wichtigkeit und Bedeutung der Enteignung und der Möglichkeit, so der Welt zu zeigen, zu was die organisierte Arbeiterklasse ohne Bosse im Stande ist, es sehr schwierig sein wird, diese Enteignung aufrechtzuerhalten, wenn der Klassenkampf in Argentinien und der Welt sich nicht verstärkt. So ist den Zanon-ArbeiterInnen sehr klar, dass, während heute die Abgeordneten zu ihrem Vorteil abgestimmt haben, morgen die Situation ganz anders aussehen kann und zu jeder Zeit erneut gegen das Dekret angegangen werden kann. Dies auch vor allem im Hinblick auf die Auswirkungen, die dieser harte Schlag gegen die Interessen der Kapitalisten für die Bourgeoisie hat. Doch es ist nicht nur die Verteidigung von Zanon selbst, die die ArbeiterInnen stetig den Krieg gegen die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokratien ausrufen lässt, sondern vor allem auch ihr Klassenbewusstsein, ihre Unterstützung für sich entwickelnde Arbeiterkämpfe und ihre Ermutigungen an die Arbeiterklasse, endlich die Ketten der kapitalistischen Unterwerfung von sich zu werfen. Deswegen kämpfen sie für die Rückeroberung von heute bürokratisierten und pro-unternehmerischen Arbeiterorganisationen, wie zum Beispiel dem argentinischen Gewerkschaftsbund CTA, indem sie stets mit ihrem Beispiel der direkten Arbeiterdemokratie vorangehen.

„Den ArbeiterInnen von Zanon kann man eigentlich nicht mehr abverlangen, als die ganze Kraft und Anstrengung, die sie in die Verteidigung der Fabrik nach innen und außen gelegt haben, um sie am Leben zu halten.. Mit Zanon haben wir eine Bastion erbaut, umringt von einem von uns gegrabenen Schützengraben um uns im Inneren organisieren zu können. Zanon ist eine Art Krafthebel, ein Laboratorium für viele Arbeiter, die an ihren Arbeitsplätzen verstehen werden, dass sie es sind, die das Land bewegen. Was uns und allen Arbeitern fehlt, ist eine gemeinsame Perspektive aufzubauen. Deswegen denken wir an ein klares politisches Projekt und kämpfen für unser Programm.“²

Die Enteignung von Zanon ist ein eindeutiges Beispiel dafür, wie die Arbeiterklasse sich gegen Reformen, Pläne und Taktiken der Regierung zum Abladen der Krisenkosten wehren kann. (wie z. Bsp. Privatisierungen, Lohn- oder Arbeitszeitverkürzungen). So gibt es keinen Grund, Abfindungen oder sonstige Versprechen zu akzeptieren, denn Fabriken können besetzt werden und zum Dienste der Allgemeinheit die Produktion wieder aufnehmen. Unternehmer produzieren, um ihre

Gewinnlust zu stillen und nicht im Sinne sozialer Bedürfnisse. Jede schließende Fabrik, jedes schließende Unternehmen ist eine Vergeudung der Produktivkräfte: ArbeiterInnen, die arbeitslos werden, und Maschinerien, die ohne Inbetriebnahme keine sozial oder gesellschaftlich notwendigen Güter mehr herstellen. Doch die Arbeitslosigkeit, der Hunger und die Misere sind kein unumgängliches Schicksal. Die Arbeiterklasse hat die Kraft, sich dagegen zu wehren. Das kleine Beispiel der Enteignung von Zanon soll dazu dienen, auch anderen Lohnabhängigen Kraft und Mut zu geben, Entlassungen und Werkschließungen nicht zu erlauben, um das Überleben eines Systems, das der gesamten Menschheit nichts mehr zu bieten hat, zu verhindern.

Eine wahrhaft revolutionäre Führung

Die ArbeiterInnen von Zanon sehen es für die Aufrechterhaltung ihres Kampfes seit nunmehr mehr als zehn Jahren als besonders wichtig an, dass eine politische Bewegung in und außerhalb der Fabrik sie bis jetzt unterstützt und mit ihnen gearbeitet hat. Die organisierte direkte Demokratieform ermöglicht es, dass in den Werksversammlungen ArbeiterInnen mit oder ohne Mitgliedschaft in Parteien oder sozialen Organisationen ihre Standpunkte äußern, erhört werden und für ihrer Meinung nach richtige politische Strategien einsteuern können. Lange und erhitzte Diskussionen sind immer Teil des Alltags in Zanon gewesen, wodurch eine einmal abgestimmte Resolution auch bis zum Ende von allen verteidigt werden konnte.

Doch die Idee der Arbeiter-selbstkontrolle und der Enteignung sind nicht einfach so vom Himmel gefallen. Die Führungsrolle, die die Partei PTS (argentinische Organisation der Trotzlistischen Fraktion für den Wiederaufbau der Vierten Internationale, der wir von IK angehören) in diesem wichtigen Kampf übernommen hat, ist von zentraler Bedeutung. Raul Godoy (seit vielen Jahren PTS-Mitglied und Zanonarbeiter) konnte Stück für Stück die Sympathie, das Vertrauen und den Respekt seiner Kollegen gewinnen. Er erlangte zusammen mit einigen Kollegen, nach einem harten Kampf gegen die bürokratisierte Gewerkschaftsführung der Keramikgewerkschaft Neuquens SOECN im Jahr 2000, den Sieg in den internen Wahlen zur Gewerkschaftsführung, um dann die-

ses Instrument der ArbeiterInnen auf radikale Weise zu einem Schlüssel für die Organisation des Arbeiterkampfes zu wandeln.

Mit der Unterstützung von Mariano Pedrero (PTSler und Anwalt der SOECN) trieben sie eine revolutionäre Perspektive in der Gewerkschaft voran, indem sie das Beste der Geschichte der argentinischen und globalen Arbeiterbewegung aufnahmen: Produktion unter Arbeiterkontrolle, Arbeiterselbstverwaltung, direkte Demokratie, Abwählbarkeit der Gewerkschaftsfunktionen, Arbeiterversammlung als höchstes Entscheidungsorgan, Klassenunabhängigkeit, proletarischer Internationalismus, aufrichtiger Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratien und deren Wiedereroberung, die Notwendigkeit der Organisation der ArbeiterInnen und Kämpfenden, die Suche nach Allianzen mit studentischen und indigenen (Mapuche) Sektoren auf regionaler Ebene und mit anderen ArbeiterInnen – Allianzen, die in schwierigen Zeiten der Re-



Zanon: Ein Beispiel von Arbeiterdemokratie: Die Stimmen werden gezählt

pression entscheidend waren. Eine politische Praxis, die weit von dem opportunistischen Verhalten rechter oder linker Reformisten zu unterscheiden ist, die angesichts der objektiven Bedingungen eine angebliche Unmöglichkeit sehen, ein radikaleres Programm umzusetzen, und somit lieber „vernünftig“ nach den besten Verhandlungsstrategien mit der Regierung suchen wollen. Auch weit entfernt von linken Utopien, wie anarchistische oder autonome Perspektiven, die den Traum einer kleinen Insel zu verfolgen versuchen, in der der Kommunismus hinter den Fabrikatoren erprobt wird.

Es waren Jahre der konstanten politischen Arbeit und Hingabe im Kampf für ein eindeutig revolutionäres Programm und seine Strategie, die auf dem revolutionären Marxismus fußt. Dieses Programm wurde stetig im Alltag diskutiert und im täglichen Kampf auf die Probe gestellt. Doch für revolutionäre Marxis-

ten gibt es nichts Beeindruckenderes als diesen Moment, wenn das revolutionäre Programm schließlich eins wird mit der Realität und durch die Arbeiterklasse aufgenommen wird. So erzählt Raul Godoy, wie die Diskussion unter seinen Kollegen über die Forderung der Produktion unter Arbeiterkontrolle sich entwickelte:

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass unsere Kamaraden der PTS die Begleitung der ArbeiterInnen von Zanon bei diesen Erfahrungen stets höchste Priorität und ihre zentrale Aufgabe darstellt. Zanon ermöglicht uns, gerade in diesen Zeiten der weltweiten Kapitalismuskrisis, die Effektivität und das Wirken des Programms und der Strategien des revolutionären Marxismus aufzuzeigen, gerade in objektiv so schwierigen Zeiten der Massenentlassungen. Der Schlüssel zum Erfolg, die jetzige Moral der ZanonarbeiterInnen kommt aus ihrer wahrhaft und unverfälscht revolutionären Führung und so sagte Alejandro Lopez (bis vor einiger Zeit Gewerkschaftsführer der SOECN):

„Wir erkennen die Unterstützung, die uns die PTS gegeben hat, sehr an. Ich denke, dass sie ein sehr interessantes Projekt verfolgen. Ich bin kein Mitglied in einer Partei, aber ich kann nicht aufhören, die enorme Kraft anzuerkennen, die Ihr für das Fortschreiten der Arbeiterklasse in seiner Gesamtheit aufbringt, damit sie beginnen kann etwas viel Größeres aufzubauen. Ihr habt eine entscheidende Rolle in unserem Kampf gespielt.“³ Dies fehlt vielen

Kämpfern, die sich gerade weltweit entwickeln. Deshalb ist es so wichtig, die Erfahrungen von Zanon zu verbreiten, damit sie Teil des theoretischen und praktischen Gerüsts der ArbeiterInnen werden angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen.

(*) Dieser Artikel gibt wichtige Teile der Arbeiten von Tintin Moreira, La Verdad Obrera No. 338, 13.8.2009 und Mariano Pedrero, Suplemento Especial LVO, 20.8.2009 wieder. Ein Interview mit dem Gewerkschaftsführer Raul Godoy veröffentlichten wir in der letzten Ausgabe des Internationalen Klassenkampfes N°3

Fußnoten

¹ Nichtstaatliche Organisation der Mütter der in der Militärdiktatur Argentiniens ermordeten und verschwundenen Jugendlichen sowie linken Aktivisten.

² „La Dirigencia gremial de la fabrica recuperada vuelve al trabajo“, Interview mit Raúl Godoy und Alejandro López in der argentinische Tageszeitung Pagina12.

³ Interview mit Alejandro López La Verdad Obrera, 20.8.2009

Honduras

Die Chefs der Putschisten sitzen in Washington

Von Claudia Cinatti, 29. Juli 2009

Einen Monat nach dem Putsch, durch den Präsident Zelaya abgesetzt wurde, verbleibt Micheletti im Amt. Dies trotz der internationalen Ablehnung, sowie massiver Mobilisierung der Arbeiter, Bauern, Studenten und der ärmeren Bevölkerung Honduras. Sie wehren sich Tag für Tag mit Straßenblockaden und Streiks gegen den Putsch, im Angesicht von Ausgehverbot und Repression. Dass Micheletti im Amt verweilen kann, liegt nicht nur an seiner Unterstützerbasis unter den gesammelten hondureñischen Institutionen und dem Militär, sondern vor allem auch daran, dass Obamas Regierung sein Verweilen billigt. Zunächst konspirierte der US-amerikanische Botschafter zusammen mit den Putschisten bis zur Ausreise Zelayas. Später, als die Anti-Putsch Mobilisierungen anstiegen, gaben sie den Anstoß für die Verhandlungen mit dem Costa Ricanischen Präsidenten Óscar Arias, die Zelaya und die Putschisten auf eine Augenhöhe stellen und eine Lösung aufzwingen, die unter anderem jegliche Perspektive blockierte, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA) akzeptierte diese Politik, die Vorgehensweise Obama und Hillary Clinton zu überlassen, auch Zelaya unterstütze dies, indem er die Lösung nach Vorgaben Arias einwilligte. Abgesehen von ihrer Rhetorik handelte die OEA tatsächlich wie ein wahrhaftes „Koloniministerium“ der USA: rhetorisch verurteilten sie den Staatsstreich durch eine harte Deklaration, erkannten die Regierung von Micheletti nicht an und forderten die sofortige Rückkehr Zelayas ins Präsidium. Tatsächlich jedoch war es Teil der Politik Obamas und Clintons, Michelettis Regierung zu legitimieren, indem sie ihn als einen ernstzunehmenden Vermittler ansahen und ihm Zeit gaben, seine interne Front zu formieren und Verbündete der republikanischen Rechten der Vereinigten Staaten und der Region zu finden.

Nach Angaben einiger Medien ist der Schlichtungsplan Arias aus einer Absprache zwischen Obama und dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva (Hauptverbündeter der USA in Lateinamerika) entstanden, um den Einfluss

Chavez zu mindern und die Region zu stabilisieren. Wie ein Journalist recherchierte: „Da Lula wollte, das Zelaya zurückkehrt, Obama jedoch wollte, dass er nicht bleibt, einigten sie sich in Moskau darauf, dass er zurückkehren solle, aber nicht bleiben werde.“ (Pagina12 vom 26.7.09) Dies verdeutlicht die Position von Obamas Regierung, die insofern mit den Putschisten übereinstimmt, als dass beide Parteien Zelayas Projekt und dem Anstoß zu einer verfassungsgebenden Versammlung ein Ende setzen wollen, aber natürlich nicht die Methode eines Putsches unterstützen können, um das neue Gesicht des amerikanischen Imperialismus, den Wandel des Politikstils gegenüber der Ära Bush nicht zu entlarven. Dieser Politik unterwarfen sich letztendlich, unabhängig von ihren Diskursen, alle Regierungen des Kontinents, so auch Chávez, Evo Morales und andere Blockstaaten des ALBAs. Der Obama-Clinton-Arias-Plan ist in jeglicher Hinsicht reaktionär: erstens legitimiert er die Putschisten, indem sie auf Augenhöhe mit Zelaya gestellt werden. Zweitens, legt der Plan der Rückkehr Zelayas so viele Bedingungen auf, dass er letztendlich zu einer Art Hofnarr der Putschisten würde: Nach dem letzten Dialogvorschlag, bekannt als „Beschluss von San José“, könnte Zelaya zurück ins Präsidentenamt kehren, jedoch keine Minister benennen, und eine Regierung der „nationalen Einheit“ (ja, zusammen mit den Putschisten!) würde regieren. Außerdem würde die Straflosigkeit der Putschisten aufrechterhalten und Zelaya würde die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung fallen lassen.

Zelaya, der sein Glück in die Hände des US-amerikanischen Imperialismus legt, akzeptierte diese erniedrigenden Bedingungen, die letztendlich Aufgaben auf ganzer Linie bedeuten. Es waren jedoch die Putschisten, die diesem Abkommen letztendlich nicht zustimmten und sich weigerten, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie hielten fest an ihrer Politik, die Rückkehr Zelayas unter keinen Umständen zu billigen, es sei denn, er stelle sich dem Gericht der Putschisten, die ihn aufgrund mehrerer politischer Verbrechen anklagen, wie zum Beispiel dem

Versuch, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Chávez' Politik

Abgesehen von seinem anti-imperialistischen Diskurs beließ die eigentliche Politik Chavez gegenüber dem Putsch in Honduras die Lösung des Konflikts in den Händen der Regierung Obamas. Dies erklärt auch, dass die „bolivarianischen“ Sektoren die Massenmobilisierungen gegen den Putsch auf dem ganzen Kontinent nicht unterstützten. Nach einem Artikel in „Página12“ hat die Politik gegenüber dem Putsch „die bis jetzt bedeutendste diplomatische Annäherung zwischen Venezuela und den USA hervorgebracht, eine Annäherung, die beide Regierungen aus eindeutigen innenpolitischen Gründen vermeiden öffentlich zu machen: Chavez ist ein Schimpfwort in den Vereinigten Staaten und die USA sind ein Schimpfwort im chavistischen Venezuela.“ Insofern nahmen auch weder Chavez noch Evo Morales an dem Treffen der OEA am 4. Juli teil, als das erste Mal über die möglichen Maßnahmen lateinamerikanischer Regierungen zum Staatsstreich in Honduras verhandelt wurde.

Bei diesem Treffen weigerten sich die USA, Panama und andere, der Rückkehr Zelayas zuzustimmen, womit die OEA den Versuch der Wiederkehr Zelayas am 5. Juli nicht absicherte, als zwei Demonstrationsteilnehmer am Flughafen der Hauptstadt Tegucigalpa ermordet wurden. Nicht einmal die Hauptverantwortlichen des ALBAS, abgesehen von dem ecuadoreanischen Präsidenten Correa, erwarteten an diesem Tag die Rückkehr von Zelaya in El Salvador.

Chavez billigte anfänglich die Vermittlungsversuche Arias, und erst als Michelettis Absage an jegliche Zugeständnisse deutlich wurde, kritisierte er den Dialog und Clinton, stellte ihn als Niederlage dar und forderte Obama auf, etwas gegen die Putschisten zu unternehmen.

Zusammenfassend war Chavez' Politik und die des gesamten ALBA-Blockes nicht darauf konzentriert, effektive Maßnahmen gegen den Putsch zu organisie-

ren, Mobilisierungen in ganz Lateinamerika auszurufen, einen Wirtschaftsboykott gegen das Putschisten-Regime zu veranlassen oder die imperialistische Politik anzuprangern, die Micheletti und die Rechte des Kontinents unterstützt. Im Gegenteil: Sie schufen die Hoffnung, Obama könne eine positive Wendung für den Subkontinent hervorbringen, obwohl (abgesehen von formalen Änderungen) Obama weiterhin die Interessen des nordamerikanischen Imperialismus vertritt und verteidigen wird. Somit wäre eine antiimperialistische Bewegung in ganz Lateinamerika in Solidarität mit dem hondureñischen Volk zu organisieren, angefangen mit einem Boykott gegen das Putschisten-Regime.

Unabhängige Mobilisierung zum Sturz der Putschisten

Zelaya vertraute darauf, eine Lösung des Konflikts unter der Obhut des nordamerikanischen Imperialismus der USA zu erlangen, die Honduras in einer fast kolonialen Beziehung gefangen halten und sein Territorium sowie ihre Verbindungen zu Militärs und Unternehmern ausnutzen, um eine konterrevolutionäre Politik umzusetzen, wie beispielsweise bei dem Angriff auf die nicaraguensische Revolution 1980. Noch immer erhalten sie eine Militärbasis in Soto Cano aufrecht. Diese Strategie Zelayas kann nur zur Niederlage führen und erlaubt das Erstarken der Rechten. Die wichtige Erfahrung, die gerade die ArbeiterInnen und die ärmere Bevölkerung machen, die sich gegen den Putsch wehren, zeigt, dass die einzige realistische Möglichkeit zum Sturz der Putschisten sich gegen jegliche Art von Verhandlung stellen muss und die Mobilisierung der Arbeiter, Bauern, Studierenden, der Ausgebeuteten und Unterdrückten Honduras erfordert. Es wäre nötig, neben Straßenblockaden und Demonstrationen einen unbefristeten Generalstreik zu organisieren und die Selbstverteidigung zu planen, um sich gegen das Militär zu wehren. Die nationale Front zum Widerstand gegen den Putsch äußert unter ihren Forderungen weiterhin die einer Ausrufung zur verfassungsgebenden Versammlung.

Nur wenn weiterhin ein unabhängiger Weg des Widerstandes gegangen und vertieft wird, ist das Durchsetzen einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung möglich, die die Organisation des Landes diskutieren kann, die Unterwerfung unter den nordamerikanischen Imperialismus überbrücken und für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpfen kann, die auf Mechanismen der Selbstbestimmung der Massen basiert.

Aktuelle Deklaration zur Lage in Honduras

Keine Versöhnung mit dem Imperialismus und den Putschisten!

Nieder mit dem Wahlschwindel zur Legitimierung Michelettis und seines Regimes!

Für eine unabhängige Strategie der Arbeiter und des Volkes zum Sturz der Putschisten!

Von TF-4.Internationale

Nach zwei Monaten Widerstand gegen die Putschisten unter der Führung von Roberto Micheletti und der Billigung durch den nordamerikanischen Imperialismus und der OEA kommt der Kampf des hondureñischen Volkes an einen entscheidenden Punkt. In diesen letzten zwei Monaten hat die Massenbewegung der Arbeiter und ärmeren Bevölkerung Honduras der gewaltigen Repression und Verfolgung, die die Regierung ihnen auferlegt, widerstanden. Es ist sehr ermutigend, dass die Arbeiter und Teile der Massenbewegung Honduras nicht aufgegeben haben und sich weiterhin gegen das neue, durch den Putsch entstandene Regime wehren, während dieses seine Legitimation durch Präsidentschaftswahlen im November sucht. Bis jetzt würden sowohl die OEA als auch die US-amerikanische Regierung sich weigern, die aus diesen Wahlen entstehende Regierung anzuerkennen, was Micheletti zu ändern versucht.

Ein geschwächtes und international isoliertes Putschisten-Regime versucht sich einen demokratischen Anschein zu geben: Zwischen selektiver Repression der Avantgarde und Vorbereiten der Wahllegitimierung

Das Putschisten-Regime unter Leitung Michelettis ist sowohl aus politischer, als auch vor allem aus ökonomischer Sicht sehr geschwächt und verbraucht. Es musste sich nicht nur der Schließung einiger für den internationalen Handel zentralen Grenzen und Zollstellen stellen, sondern auch mit der Nichtanerkennung verschiedener Regierungen von internationalem Rang auseinandersetzen, was es zu einem marginalisierten und isolierten Regime machte, obgleich die Putschisten versuchten, sich als die Organisatoren eines „Verfassungs-

wandel“ zu präsentieren, und mit dem andauernden Rückhalt des nordamerikanischen Imperialismus rechnen können.

Auf strikt politischer Ebene versuchen die Putschisten den Anschein zu erwecken, dass das Land sich in einer demokratischen Normalität befindet, die die Wahlen unterstützten würden. Außerdem, wenn auch weiterhin Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden, hat das Militär nach den Vorfällen in Toncontín keine weiteren massiven Demonstrationen repressiv niedergeschlagen, sondern selektiert seine Angriffe innerhalb der Avantgarde. So wird bei scheinbarer Normalität weiterhin gegen Sektoren der Avantgarde repressiv vorgegangen, besonders gegen Anführer der Massenbewegung und vor allem der Widerstandsbewegung gegen den Putsch.

Die unübersichtliche nationale Situation, geprägt von widersprüchlichen Gerüchten zwischen Zelaya und den Putschisten, erweckt den Anschein einer unüberbrückbaren Polarisierung. Eigentlich nehmen der Vermittlungsplan Oscar Arias und das Abkommen von San José jedoch eine Form an, die auf eine bürgerliche Lösung des Konfliktes abzielt. . So lud der costaricanische Präsident Arias die Präsidentschaftskandidaten zu einem Treffen in sein Land ein.

Eine hypothetische Wiederkehr Zelayas ins Präsidentenamt unter Bedingungen des San José-Abkommens würde die Wahlen legitimieren, die Straflosigkeit der Militärs und Putschisten garantieren und ihnen die eigentliche Kontrolle über den Staatsapparat überlassen, während Zelaya an Händen und Füßen gefesselt nicht einmal mehr



den Aufruf zur verfassungsgebenden Versammlung verfolgen dürfte (dies ist eindeutig im Abkommen von San José verboten wurden). Dieses wäre aber nur ein mögliches Szenarium. Ein weiteres wäre das Verbleiben der Putschisten an der Macht wie bisher, die Ausführung der Wahlen und die Bildung der daraus entstehenden Regierung durch die Unterstützung der U S -

den, um eine Radikalisierung der Situation, die den Putschisten gefährlich werden könnte, zu verhindern.

W ä h -
r e n d

d i e
Nach-
richten-
sender der
USA wie z.
Bsp. der CNN
der Welt ein Bild
von Honduras zeich-
nen, dem durch die Wahl-
bemühungen ein mögliches
Ende der Krise bevorsteht,
schreiten die Demonstrationen und
einige Auseinandersetzungen mit der
Polizei und dem Militär in den wich-
tigsten Städten Honduras weiter
voran (wie in Choluteca). Auch
werden weitere wichtige Streiks
von den Gewerkschafts-
zentralen des Landes ausgerufen.
Außerdem haben einige
Sektoren der Arbeiterklasse, der
Bauern und ärmeren Bevölkerung
neben dem Kampf gegen
den Putsch weitere Forderun-
gen aufgestellt. Die Bauern
im Norden des Landes,
die zur Zeit am meisten
von der Repression

den Gewinn der Kapitalisten und des Regimes angreifen. So sind lokale Widerstandskomitees von Nöten, die die politische Ausrichtung des Widerstands organisieren und koordinieren. Die Nationale Front gegen den Staatsstreich sollte mit gewählten und jederzeit von der Basis absetzbaren Vertretern besetzt sein, um den Kampf erstarren zu lassen. Aufgrund der Möglichkeit, dass sich mit der Zeit ein, durch betrügerische Wahlen gestütztes, Putschisten-Regime konsolidiert, ist die weitest mögliche Aktions-einheit gegen diese Falle notwendig. Beginnend mit der Nichtanerkennung der Wahlen, sollten die Wahlen am 29. November boykottiert werden, und die Strategien der Arbeiterklasse, ihre Methoden in den Mittelpunkt der Widerstandsaktionen gerückt werden.

Nur mit einem mächtigen Generalstreik und dem Einsatz der staatlich und privat angestellten lohnabhängigen Arbeiter, der landwirtschaftlichen Arbeiter und ländlichen Tagelöhner, mit Unterstützung der verarmten Bauern und ärmeren Bevölkerungsschichten der Städte, ist es möglich, die Isolierung Michelettis in der hondureñischen Gesellschaft voranzutreiben. Doch vor allem ließen sich so die Gewinne der nationalen und imperialistischen Kapitalisten angreifen und das Putschisten-Regime stürzen.

amerikanischen Rechten. So ließe sich für dieses Szenario die Möglichkeit von spontanen Aufständen nicht ausschließen, um Widerstand gegen die Wahlen (wie in Choluteca) und die Straflosigkeit zu formieren. Dabei wäre auch eine stärkere Repressionswelle möglich, und eine wesentlich polarisiertere und dynamischere Situation könnte sich eröffnen.

Im Hinblick auf diese möglichen Varianten ist eine unabhängige und proletarische Strategie von Nöten, die dem hondureñischen Arbeitervolk und seiner Avantgarde hilft, seinen Kampf auf den Weg zum Sturz der Putschisten und des nordamerikanischen Imperialismus zu führen.

Keine Teilnahme am Wahlkreis der Putschisten: aktiver Wahlbojkott

Das Regime Michelettis, dem die Vermittlungen der USA durch das Abkommen von San José nutzten, um Zeit zu gewinnen und sich zu konsolidieren, lanciert nun eine kostenspielige Wahlkampagne, deren Hauptmotiv die Legitimierung des Militärputsches und des daraus entstandenen Regime ist, sowie die Massenmobilisierungen zu unterbin-

betroffen sind, sind bis zu Landesbesetzungen gegangen, indem sie sich harte Auseinandersetzungen mit den Großgrundbesitzern lieferten; die Arbeiter der Städte gehen nun nicht nur für die Wiederkehr Zelayas auf die Straße, sondern sehen sich auch bereits gezwungen die elementarsten demokratischen Grundfreiheiten, die ihnen das Regime beschneidet, zu verteidigen: Versammlungsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit bis hin zur freien Bewegung. Die Lohnabhängigen des Gesundheitssystems haben mehrere Krankenhäuser in Tegucigalpa besetzt, um auf ihrem Sektor eigene Forderungen auszurufen (wie die Angst um die „Schweinegrippe“), verbunden mit dem direkten Kampf gegen die neue, von Micheletti auferlegte Ordnung.

Die verschiedenen Aktionen im Kampf gegen das Putschisten-Regime und die ansteigenden Forderungen der verschiedensten Berufsgruppen sowie der Kampf um Land der Bauern, zusammen mit der Radikalisierung der Widerstandsmethoden, können, wenn sie sich verbreiten und vereinen, zu einem revolutionären Sturz des Regimes führen. Doch es ist wichtig, dass sich der Kampf gegen den Staatsstreich in allen proletarischen und unterdrückten Sektoren verbreitet und zu Aktionen führt, die eindeu-

Nieder mit dem Putsch. Für eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung

Die Parteien und Gruppen der Trotskistischen Fraktion – Vierte Internationale, kämpfen an der Seite des hondureñischen Volkes für den Sturz der Micheletti-Regierung und begleiten ihren Kampf um die Wiederkehr von Zelaya ohne jegliche Bedingungen oder Verhandlungen. Doch wir weisen auch darauf hin, dass Zelaya und der ALBA-Block, durch Chávez geführt, sich der Politik der OEA und somit auch dem Imperialismus untergeordnet haben, indem sie mit den Putschisten verhandelt haben und letztendlich die vom Abkommen von San José auferlegten Bedingungen akzeptiert haben, abgesehen von den rhetorischen Spielen Chávez, er habe Zelaya auf diese Falle aufmerksam gemacht. Mit der Anerkennung des Abkommens und der möglichen Bürgerschaft des USamerikanischen Imperialismus stellt sich auch Zelaya zur Verfügung, um zu verhindern, dass der Niedergang des Regimes einen konsequenten Kampf der Massen nicht nur gegen die Putschisten, sondern auch die gesamte bürgerliche Institutionalität Honduras hervorruft; begonnen mit einem weitverbreiteten

Wahlboykott im November. Noch könnte seine Rückkehr das Aufrechterhalten des reaktionären Regimes und der von den Putschisten genutzten Institutionen unter der Verfassung von 1982 erlauben, denen Zelaya selbst angehört. Deshalb glauben wir heute mehr denn je, dass die Lösung darin liegt, die strategische Schwäche des Regimes zu nutzen, um eine unabhängige proletarische Lösung zu finden, die sich auf die Erfahrungen der Arbeiter, Bauern, Armen und Frauenbewegung stützt, die den Widerstandskampf der letzten Monate anführten. Diese Erfahrungen zeigen, dass weder die geheime Diplomatie noch Verhandlungen von oben den Arbeitern zu einem Sieg gegen die Putschisten verhelfen können.



Proteste in Tegucigalpa

Die Strategie Zelayas, also sein Vertrauen in den Imperialismus, und sein pazifistischer Widerstand, um so die Putschisten unter Druck zu bringen, die Verhandlungen zu akzeptieren, und sein Herausbeschwören des Gespenstes „bloß keine Repressionen provozieren“ hat nur zu einem Erstarken der Rechten geführt.

Die Regierungspolitik der selektiven Repression, des Angriffs auf alternative Antiputsch-Medien, die Morde der letzten zwei Monate (die nach Angaben von Menschenrechtsverletzungen schon bei mehreren Dutzend liegen), die Vergewaltigungen von Frauen durch Militärs und Polizei, die Folter und Festnahmen und kürzlich der Bombenangriff auf die Gebäude des Fernsehkanals Canal 36 (Cholusat Sur) fordern höchst dringlich die Organisation der Arbeiterselbstverteidigung. Perspektivisch ist die Organisation von Arbeiter-, Bauern-, sowie Volksmilizen ein Mittel, dass nicht nur die Massen im Kampf verteidigen kann, sondern auch die Basis des Militärs von der Führung abtrennen kann, indem Soldaten für die Volksmilizen gewonnen werden, die heute unter dem Befehl der Putschisten stehen.

Die einzig realistische Perspektive ist eine Ausweitung und Vertiefung der Mobilisierungen, der Straßenblockaden, und die Organisation eines wahrhaften und unbefristeten Generalstreiks bis zum Fall des Putsches. Bis jetzt sind die Tausenden von Arbeitern der *maquilas* Geißeln der Unternehmer und Putschisten. Micheletti und die Großunternehmer für den Textilexport in die USA haben ihre dominante Vorreiterposition innerhalb der

Privatunternehmen genutzt, um den Arbeitern mit der Androhung von Entlassungen Angst einzujagen und sie für den Putsch zu gewinnen, wobei es ihnen zu Gute kam, dass dieser Bereich der Arbeiterklasse nicht organisiert ist. Seit dem Putsch haben die Kapitalisten Honduras bereits 6000 Arbeiter entlassen und 58 Unternehmen geschlossen. Es ist unumgänglich, dass die Gewerkschaftszentralen und die Nationalfront gegen den Staatsstreich eine Politik aufstellen, die es ihnen erlaubt, die Unterstützung der zentralen Bataillons der nationalen Arbeiterklasse zu erreichen. Vor allem die der Privatunternehmen, da sie abgesehen von ihrer strategischen Position in der Produktion der lebensnotwendigen Güter auch die erdrückende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des Landes stellen.

Hierfür ist es notwendig, dass die Führung der Widerstandsbewegung ein Programm aufstellt, das den Kampf gegen den Putsch ganz klar mit dem Kampf gegen die Bourgeoisie Honduras und den Imperialismus verbindet.

Die pro-unternehmerischen Parteien, die Institutionen des Regimes, das höchste Gericht, das Militär und die katholische wie die evangelische Kirche sind neben den Unternehmerverbänden alle mit dem Putsch und der Verfassung von 1982, die unter imperialistischer Aufsicht nach der letzten Militärdiktatur erstellt wurde, verbunden. Es ist wichtig, dieses pro-unternehmerischere und pro-imperialistische System zu zerstören, auf dass eine Übergangsregierung der Arbeiter- und Bauernorganisation eine

verfassungsgebende Versammlung aufruft, die die Organisation des Landes diskutiert, die Forderungen der landlosen Bauern aufnimmt, um durch eine tiefgreifende Agrarrevolution die semifeudalen, knechtähnlichen Zustände auf dem Land zu beseitigen und eine Perspektive zu eröffnen, mit der historischen Unterdrückung durch den Imperialismus, unter der das hondurensische Volk gelitten hat, endlich zu brechen.

Die Landbesetzungen im Norden des Landes, kombiniert mit den Aktionen der ArbeiterInnen in den Städten, zeigen voller Klarheit, dass es nur durch den festen Zusammenschluss der Arbeiter aus Stadt und Land neben den verarmten Bauern möglich wird, mit dem Rückstand, der Unterdrückung und der Misere des Landes zu brechen.

Dies würde einen großen Schritt für die Arbeiter, ländlichen Tagelöhner und verarmten Bauern im Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung bedeuten, die sich auf Organismen der Selbstbestimmung der Massen gründet.

Wir von der Trotskistischen-Fraktion stellen all unsere Kräfte für den Kampf gegen den Putsch in Honduras und für den Sieg des Widerstandes zur Verfügung. Wir rufen dazu auf, die weitmöglichste Mobilisierung auf internationaler Ebene zu entfachen, bis die Putschisten gefallen sind und die internationalistische Solidarität gewinnt.

Mexiko

Brutaler Schlag gegen die Arbeiterklasse im Elektrizitätssektor

Von LTS, 15. Oktober 2009

Um den Weg zur Privatisierung des gesamten staatlichen Elektrizitätssektors Mexikos frei zu machen, hat die Regierung Mexikos 46.000 ArbeiterInnen des Elektrizitätssektors entlassen und militärische Streitkräfte besetzten ihre Werke, während die elektrische Versorgung vor allem der Hauptstadt nur bedingt unter Arbeit der regierungstreuen Elektrizitätsgewerkschaft aufrechterhalten werden kann. Die ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaft SME, die mit Abfindungen von zwei Jahresgehältern in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden sollen, organisierten am 15. Oktober eine Massendemonstration mit 350.000 Unterstützern. Der Angriff auf diesen Sektor und seine Reaktion bedeuten eine lange nicht gesehene Auseinandersetzung der Arbeiterklasse Mexikos mit einem reaktionären, US-treuem Regime und ein historisches Aufwachen der Arbeiterbewegung. (Anm.d.Red.)

In der Nacht des 10. Oktobers besetzten eine halbe Millionen Polizisten der mexikanischen Streitkräfte PFP das Werk von *Luz y Fuerza* (staatlicher Licht- und Energieversorger) im Zentrum von Mexiko Stadt. Zur gleichen Zeit wurden auch Werke in anderen Bundesstaaten besetzt. Diese Maßnahme wurde nach der Verordnung des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderon (Partei PAN) umgesetzt, die den dezentralisierten Organismus *Luz y Fuerza* vernichten soll. Die Liquidation von *Luz y Fuerza* ist ein harter Schlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung, denn diese Maßnahmen bereiten die Privatisierung dieses staatlichen Betriebes in nationale und transnationale Hände vor. Diese Geschehnisse bedeuten die Streichung von 46.000 Arbeitsplätzen, die Liquidierung des wichtigen Kollektivvertrages der Arbeiter dieses Sektors, ein Voranschreiten der Regierungskontrolle über die Arbeiterorganisationen Mexikos und eine reaktionäre Reform des Arbeitsrechtes. Solch eine Offensive war seit den 50er Jahren nicht mehr bekannt in Mexiko und ist ein in ganz Lateinamerika noch nicht gesehener Versuch den Arbeitern die Kosten der Krise aufzuhalsen.

Mit dem Schlag Calderons gegen die Mexikanische Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter (SME) eröffnet sich eine neue Phase der Regierungskräfte gegen die Arbeiter, die so ein günstiges Kräfteverhältnis für Unternehmer und die Institutionen des Regimes einleitet und eine klare Einmischung in die Gewerkschaften bis hin zur Liquidierung der

Arbeiterorganisationen und Kollektivverträge anstrebt. Diese Politik ordnet sich den Absprachen des Präsidenten Calderons mit der US-Regierung, den nationalen und transnationalen Unternehmen, sowie dem IWF unter, die Energiewirtschaft und die Erdöl und –Gas Produktion mit dem Argument der „Produktivitätssteigerung“ zu privatisieren. Die Massenmedien in Händen der Ausbeuter sprechen von einer „privilegierten Stellung“ der Arbeiter vom SME – derselbe Diskurs wie bei den Angestellten der Telekommunikation Telmex oder des Gesundheitssystems, und forderten in den letzten Wochen sogar die Beendigung der Arbeitsverträge. Sie nennen diejenigen „privilegiert“, die noch das Recht auf eine Sozialversicherung und Sozialleistungen innehalten. Ihre Absicht ist alle Lohnabhängigen in noch schlechteren Arbeitsbedingungen zu sehen, um die Ausbeutungsrate zu verdoppeln und mit der Arbeitslosigkeit drohen zu können. Dabei verschweigen sie, dass die einzigen Privilegierten dieses Landes die Transnationalen und großen nationalen Bourgeois sind, die nun – nebst ihrer Ausbeutung – auch die Kosten der Krise auf dem Rücken der Arbeiter abladen wollen. Doch die Privatisierung der gesamten Energiewirtschaft wäre nur durch einen harten Niederschlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung möglich, weshalb wir Arbeiter uns jetzt und bis zum Sturz des Privatisierungsplans wehren müssen.

Für einen harten Kampf bis zur Niederlage Calderons Angriff

Dieser arbeiterfeindliche Angriff geschieht im Rahmen der aktuellen Wirtschaftskrise, deren Kosten bereits auf die Rücken der Arbeiter abgeladen werden, wie mehrere Entlassungswellen, Werksschließungen, immense Steuererhöhungen und weitere Maßnahmen des „Misere-Katalogs“ Calderons zeigten. Nun wird es Zeit, dass er die Kraft der Arbeiterbewegung Mexikos zu spüren bekommt. Seit einigen Jahren sind bereits wichtige Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Regierung entfacht, wie die Streiks der Minenarbeiter, Lehrer oder Angestellten des Gesundheitssystems und am bekanntesten der Kampf der APPO in Oaxaca. So ist es auch in diesem Fall wichtig, dass wir uns nicht mit Verhandlungstricks der Regierung abspeisen lassen, wie zum Beispiel die Abfindung der SME-Arbeiter von zwei Jahresgehältern zum Tausch gegen die Liquidierung ihrer Gewerkschaft. Zunächst sollten Verteidigungskomitees aller Elektrizitätsarbeiter geschaffen werden, die an den Arbeitsplätzen, in den Stadtvierteln, Schulen, Universitäten, Fabriken etc. des ganzen Landes den Widerstand gegen die Regierungsvorhaben organisieren. Aus diesen Solidaritätskomitees sollten dann starke Protestaktionen wie beispielsweise massive Straßenblockaden entstehen, neben einer Aufklärungs- und Unterstützerarbeit.

Nationalstreik in Solidarität mit der Gewerkschaft SME

Heute ist es wichtiger denn je, dass Arbeiterorganisationen sich solidarisch zeigen und zum Streik aufrufen. Um diesen Ruf effektiv zu machen und den Streik zu organisieren, ist unbedingt die Organisation einer Nationalversammlung der Arbeiter- und Volksorganisationen, wo ein einheitlicher Kampfplan demokratisch diskutiert und konkrete Aktionen gemeinsam geplant werden. Auf zum Nationalstreik in Verteidigung des SME und gegen die Privatisierung der Energiewirtschaft! In diesem Kampf zu gewinnen, würde auch bedeuten, den Weg zur erneuten Verstaatlichung der in die Privatisierung übergegangen Bereiche zu eröffnen und für die Arbeiterkontrolle der Energiewirtschaft einzustehen. Die Arbeiter sind die einzigen, die sie zum Wohle der breiten Massen verwalten können, indem sie die hohen Zuschüsse an Unternehmer streichen und somit die kostenlose Versorgung der ärmeren Bevölkerung garantieren können.

Fußnote

¹ Vollständige Erklärung der LTS ist unter www.lts.org.mx einzusehen.

BUNDESWEHR IN AGHANISTAN KRIEGSVERBRECHEN IM NAMEN VON "FREIHEIT" UND "DEMOKRATIE"

(Fortsetzung von der letzten Seite)

verbergen sich hinter dieser Rhetorik ganz normale wirtschaftliche Interessen, eben die Interessen der herrschenden Klasse, denn „für die deutsche Wirtschaft kann dies den Einstieg in eine neue Wirtschaftsregion bedeuten“¹.

Deutschland muss und will gemäß seiner wachsenden wirtschaftlichen Stärke immer mehr globale Aufgaben übernehmen.

Diese werden natürlich im Namen der Demokratie verhüllt und vermittelt. Jedoch wie die betrügerischen Wahlen in Afghanistan gezeigt haben, bei denen sich die Marionette des Westens Karzei zum Sieger erklärt hatte, ist das afghanische Regime alles andere als demokratisch.

Fern von der Rhetorik von Demokratie und Menschenrechten zielt der Einsatz der imperialistischen Truppen und ihrer Helfer in der Praxis auch nicht auf den Aufbau von starken und transparenten nationalen Institutionen nach westlichem Muster, denn die bürgerliche Demokratie ist ein Privileg der reichen Nationen. „Die imperialistischen Demokratien sind in Wirklichkeit die größten Aristokratien in der Geschichte, England, Frankreich, Holland, Belgien, [wir fügen hinzu die BRD] stützen sich auf die Versklavung kolonialer Völker. Die Demokratie der Vereinigten Staaten beruht auf der Besitzergründung des großen Reichtums eines ganzen Kontinents. All die Bemühungen dieser „Demokratien“ stützen sich auf die Erhaltung ihrer privilegierten Stellung. Ein beträchtlicher Teil der Kriegslast wird von den imperialistischen Demokratien ihren Kolonien aufgeladen. Die Sklaven werden gezwungen, Blut und Gold zu liefern, um die Möglichkeit ihrer Herren, Sklavhalter zu bleiben, zu erhalten. Die kleinen kapitalistischen Demokratien ohne Kolonien sind Vasallen der Großmächte und liefern einen Teil der kolonialen Profite. Die herrschenden Klassen in diesen Staaten sind bereit, die Demokratie jederzeit aufzugeben, um ihre eigenen Privilegien zu erhalten.“²

Seitdem Trotzki diese Zeilen schrieb,

hat sich nichts geändert: Seit 2001 wurden mehrere Abkommen unterzeichnet, die die Gestaltung des Landes nach dem Willen imperialistischer Mächte sicherte. Darunter ist das Petersberger-Abkommen, das das Land in ein de facto imperialistisches Protektorat verwandelt hat.

Aus den Versprechungen der Imperialisten, das Land in blühende Landschaften zu verwandeln, wurde natürlich nichts. Heutzutage beschränkt sie sich darauf, die wachsende Einflussnahme der Taliban zu begrenzen. Dabei wird eine „Strategie“ verfolgt, die willig mit den moderaten, aber nicht weniger klerikalen und servilen Kräften der Taliban paktiert.

Die Besatzung hat bisher geschätzt 300.000 AfghanInnen das Leben gekostet. Millionen leiden Hunger. Die

Operationsgebiet bis an die Grenzen der Provinz ausgedehnt.

Angesichts der wachsenden Machtlosigkeit der Bundeswehr und des steigenden Blutzolls, die Interessen der deutschen Unternehmen zu garantieren, wird der Einsatz der Soldaten zunehmend gewalttätiger: Wenn anfangs „nur“ einige wenige Kinder und Jugendliche sterben mussten, sind seit dem 13. September 2009 aufgrund eines von einem deutschen Offizier angeforderten Luftangriffes auf zwei in einem Flussbett feststeckende Tanklaster offiziell 99 Menschen gestorben, also seit dem 2. Weltkrieg das blutigste Ereignis, bei dem deutsche Soldaten involviert waren.

Die wahren Gewinner des Krieges

Seit der Niederlage und dem Sturz der Taliban hat sich Afghanistan in eines der beliebtesten Investitionsländer der deutschen Konzerne gewandelt. Ca. 2,4 Mrd. Dollar sind seit 2003 bereits im Land investiert worden. Der IWF (Internationale Währungsfond) rechnet für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von zwölf Prozent.

Zur Zeit ist Deutschland führende Gebernation (Key Partner Nation) in den Schwerpunktbereichen Sicherheit, Wiederaufbau, Infrastruktur, Wirtschafts-

(förderungs-)Politik und, um den Anschein zu wahren, im Bildungssektor. Die deutsche „Entwicklungszusammenarbeit“ hat zum Ziel, einen „landesweiten Ansatz über Einflussnahme in Politikbereiche der nationalen Ebene“ zu erreichen. Dies soll mittels des Wiederaufbaus der Infrastruktur, also Trinkwasser- und Energieversorgung, und im Bereich der nachhaltigen Wirtschafts-(förderungs-)Politik geschehen; durch die Beratung der afghanischen Regierung bei der Gestaltung einer investitions- und unternehmerfreundlichen Wirtschaftsverfassung; der Einrichtung der Investitionsagentur AISA, die die „Erleichterung der Investitionsprozesse und die Förderung von Investitionen in Afghanistan zum Ziel hat.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht mit deutschen ISAF-Soldaten im afghanischen Camp Marmal in Masar-i-Scharif

Kindersterblichkeitsrate ist eine der höchsten weltweit usw. Nicht mal elementare demokratische Freiheiten können die Besatzer gewährleisten: Frauen gehen immer noch verschleiert auf die Straße, Mädchen gehen nicht zur Schule, und das alles weniger als 1 km von der deutschen Bundeswehrbasis entfernt.

Gegen die verstärkten Aktivitäten der Taliban, welche ca. ein Drittel des Landes kontrollieren, seien „die gemeinsam mit der afghanischen Armee ausgeführten Operationen gegen die Taliban [...] praktisch wirkungslos.“ (FTD, Bundeswehr verzweifelt an Afghanistan, vom 22.09.2009). Es handelt sich also im Sprachjargon vom Brigadegeneral Vollmer um einen „Scheibenwischer-effekt“, denn die Taliban haben ihr

Im April 2006 unterzeichneten Deutschland und Afghanistan einen bilateralen Investitionsförderungs- und Schutzvertrag, welcher „den 100prozentigen Firmenbesitz von Ausländern, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung und vollständigen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht.“⁴³ Dieser Vertrag war umso nötiger, da „Afghanistan sich zum interessanten Markt für deutsche Unternehmen entwickelt.“ (...) Und noch wichtiger, der afghanischer Markt „biete Wachstumsraten zwischen zehn und zwanzig Prozent, und besonders deutsche Investoren seien Willkommen.“⁴⁴ Heutzutage sind nach Schätzungen deutscher Verbände 60 Unternehmen aus Deutschland am Hindukusch vertreten. Diese Unternehmen, die buchstäblich über Leichen gehen, um satte Gewinne in fernen Ländern einzufahren, kurbeln jedoch auch im Inneren die Ausbeutungsspirale immer mehr an, indem sie viele Lohnabhängigen hier in Deutschland auf die Straße setzen. (Siehe Infokasten)

Einige Beispiele sind Siemens, das das Telefonnetz ausbaut und an der Modernisierung von zwei Wasserkraftwerken beteiligt ist. Der Essener Baukonzern Hochtief repariert seinerseits Straßen. Aber nicht nur beim Infrastrukturaufbau wird kräftig verdient.

Auch die deutsche Rüstungsindustrie verdient, wie könnte es auch anders sein, kräftig am Einsatz in Afghanistan. Dabei werden die Rüstungsindustrie und ihre Waffengeschäfte mittels Steuereinnahmen finanziert und ermöglicht.

Siemens, ThyssenKrupp, Krauss Maffei und vielen anderen Unternehmen vor Ort geht es nicht um Abstraktionen wie Demokratie, Menschen- oder auch Frauenrechte, sondern lediglich um ihre wirtschaftlichen Interessen und das Wohlergehen der Institution, die ihre Interessen und Geschäfte vor Ort und mit den Waffen in der Hand garantiert, die Bundeswehr.

Der Krieg ist also nichts anderes als ein gigantisches kommerzielles Unternehmen, vor allem für die Rüstungsindustrie. Deshalb sind die deutschen Unternehmen die ersten Patrioten und die hauptsächlichlichen Kriegstreiber. „Die Arbeiterkontrolle über die Rüstungsindustrie ist der erste Schritt im Kampf gegen die Fabrikanten des Krieges.“

Dies ist der Grund für die Gründung der „Industriegruppe Service im Einsatz“, kurz IGS E. Ihr Ziel liegt darin, „insbesondere im Bereich der technischen Unterstützung von Streitkräften

bei Einsätzen in Krisengebieten (...) wertvolles Know-how“ einzubringen.⁵ Den Preis kann man an der jüngsten Jahresbilanz des Rüstungsunternehmens ablesen. So ist der Umsatz von KMW um ca. 100 Millionen auf 1,4 Mrd. Euro gestiegen. Eine weitere Milliarde Euro aus Steuergeldern wurde zudem im Stillen für den Bau, Start und Betrieb des ersten (von zwei) Kommunikationssatelliten der Bundeswehr gegeben. Der auf den Namen „SatcomBW“ getaufte Satellit wird als ein weiterer Schritt bei der technischen Emanzipation der Bundeswehr gesehen.

Unsere Losung gegen den imperialistischen Krieg Deutschlands und gegen die Geschäfte der Rüstungsindustrie lautet, wie es Trotzki im Übergangsprogramm darstellt:

Beschlagnahme der Kriegsgewinne und Enteignung der für den Krieg arbeitenden Betriebe.

Die Linke und der Afghanistan Krieg

DIE LINKE fordert in ihrem Programm den Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Jedoch tut sie es nicht, weil es sich um einen imperialistischen Krieg handelt oder weil der „Hauptfeind im eigenen Land steht“, sondern weil dieser Krieg „völkerrechtswidrig“ sei. Der Begriff Völkerrecht geht von einer überstaatlichen Rechtsordnung aus, durch die die

Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Gleichrangigkeit geregelt werden. Also handelt es sich um eine Kritik, die an der „Oberfläche der materiellen Erscheinungen“⁶ stehen bleibt, welche nicht den Mut hat oder willens ist, in tiefere Schichten der ökonomischen Tendenzen vorzudringen. Also, zwischen den Unterdrückenden und Unterdrückten Nationen wird ein Gleichzeichen gesetzt. Die Vertreter der LINKEN gehen also davon aus, dass es keine unterdrückten und unterdrückenden Nationen gibt, dass sie alle vor dem Gesetz, das supranational ist und über den wirtschaftlichen Beziehungen steht, gleich seien. Anders formuliert, wäre dieser Krieg durch das „Völkerrecht“ gedeckt, hätte man nichts einzuwenden, wie im Falle des Kosovo oder auch der Intervention vor der libanesischen Küste.

Aufgrund der Abgrenzungspolitik der SPD gegenüber den Linken und der Besessenheit der LINKEN, Regierungsverantwortung zu übernehmen, fingen sie kurz vor den Wahlen an, ihre Verantwortung gegenüber der herrschenden Klasse kundzutun. „Sofort heißt natürlich nicht kopflos“, sagte Lafontaine. „Das Parlament müsste entscheiden, dann müsste die Regierung mit den Partnern über die Modalitäten des Abzugs verhandeln.“ Dies war aber kein Ausrutscher, denn der Bundesgeschäftsführer sagte in gleicher Tonart, mit „Raus aus Afghanistan“ meine seine Partei nicht „Übermorgen raus aus Afghanistan“.⁷ DIE LINKE betreibt Realpolitik, die dar-



auf abzielt, sich auf Raten von der Radikalität dieser Forderung zu entfernen, gemäß dem Motto: alles ist Verhandlungssache.

Eine revolutionäre Antwort auf imperialistische Kriege

Die Tatsache, dass die schlecht ausgerüsteten Taliban in der Lage sind, die NATO Truppen langsam aber sicher zu zermürben, liegt darin begründet, dass diese von den afghanischen Massen als das kleinere Übel betrachtet werden. Angesichts der Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Besatzer sind immer größere Teile der Bevölkerung bereit, gegen sie zu kämpfen.

Der Kampf gegen die imperialistischen Truppen, welche die Interessen des jeweiligen Kapitals durchsetzen, ist berechtigt und aus Sicht der Unterdrückten vollkommen legitim. Die Opfer des Imperialismus, wie im Falle von Afghanistan, nutzen den Krieg, um sich der imperialistischen Unterdrückung zu entledigen. Aus ihrer Sicht ist der Krieg kein

imperialistischer, sondern ein Befreiungskrieg gegen das imperialistische Joch. Sollte das afghanische Volk trotz ihrer Führung gegen die Imperialisten siegen, wären die Tage der reaktionären und kleinkräftigen, die im Kampf gegen die Sowjetunion seinerzeit von der CIA aufgebaut, trainiert und finanziert wurden, gezählt.

Die revolutionäre Jugend in den imperialistischen Ländern hat die Aufgabe, sich für die Interessen der unterdrückten Massen in den Interventionsgebieten der imperialistischen Bourgeoisie einzusetzen. Auch das Proletariat, das von denselben Unternehmen, die sich dort eine goldene Nase verdienen, in die Arbeitslosigkeit und das Elend geschickt wird, sollte sich mit diesen solidarisieren, denn eine Niederlage der imperialistischen Kräfte kann den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu Hause nur beflügeln.

Der Kampf für den sofortigen Abzug der US Army und der Bundeswehr sowie aller imperialistischen Aggressoren ist

eine internationalistische Pflicht!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Fußnoten

¹ Investieren in Afghanistan, IHK Darmstadt Rhein Main Necker (http://www.darmstadt.ihk24.de/produktmarken/international/Laenderinfos/Investieren_in_Afghanistan/aw_afghanistan_investieren.jsp).

² Leo Trotzki: Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution

³ Brückenkopf Afghanistan, JungeWelt, 11.09.2009

⁴ Das Afganistan-Geschäft, Handelskammer Hamburg, http://www.hk24.de/share/hw_online/hw2006/artikel/18_international/06_01_26_aufbauhilfe.html

⁵ Pressemitteilung der Waffenschmiede KMW, München, 12. August 2009.

⁶ Leo Trotzki 1917:: Der Pazifismus – Wasserträger des Imperialismus

⁷ Linke schlägt in Afghanistan-Politik neue Töne an; Spiegel Online, 17. September 2009.

INFOKASTEN

Hohe Profite deutscher Unternehmen im Ausland und Entlassungen an der Heimatfront (hier nur einige wenige Beispiele)

ThyssenKrupp hat "seit Herbst 2008 [...] weltweit bereits rund 15.000 Arbeitsplätze gestrichen." Demnächst sollen weltweit mehr als 20.000 Arbeitsplätze zusätzlich abgebaut werden. Im Geschäftsjahr 2008/09 sinken die Umsätze und Gewinne, die "lediglich" bei 3,5 Mrd. Euro lagen.

Beim Münchner Maschinenbauunternehmen **Krauss Maffei** sollen wegen anhaltendem Auftragsmangels 200 der derzeit 2000 Beschäftigten das Unternehmen verlassen und in eine Transfergesellschaft wechseln, trotz des "Rekordjahres" von 2008 mit einem Umsatz von 1,43 Mrd. Euro und einem voraussichtlichen Umsatz von 1 Mrd. Euro für das Jahr 2009.

Siemens will 17.200 Arbeitsplätze, davon 6.400 in Deutschland, abbauen. Um die Krise zu überbrücken, befanden sich zuletzt rund 19.000 Siemens-Beschäftigte an den deutschen Standorten in Kurzarbeit.

DHL, ein zuverlässiger Partner der Bundeswehr bei der Lagerung von Bundeswehrmaterial und dem Transport von Kriegsgerät, Soldaten, Munition und Treibstoffen, will Stellen in Deutschland und Belgien abbauen. In Belgien sollen 430 Stellen gestrichen werden, in der Zentrale in Bonn könnten es noch einmal bis zu 90 Mitarbeiter sein. Im Mai hatte DHL schon angekündigt, 320 Mitarbeiter in Irland zu entlassen. Rund 5400 Arbeitsplätze bei DHL-Express in den USA wurden bereits in einem ersten Schritt seit Mai abgebaut. Die jetzt beschlossene Aufgabe des inneramerikanischen Expressversands zu Luft und zu Boden kostet weitere 9500 Arbeitsplätze, insgesamt sind also 14900 Jobs betroffen. Der ausgewiesene Konzerngewinn im ersten Quartal 2009 wuchs um 146,5 Prozent auf 944 Millionen Euro.

Bei **Zeppelin** werden bis Jahresende voraussichtlich rund 300 Stellen abgebaut. Dieser wird ausschließlich in osteuropäischen Ländern stattfinden. Die ausländischen Kollegen werden entlassen, obwohl das Unternehmen 2008 einen Umsatzrekord von 2,447 Mrd. Euro verzeichnete.

BUNDESWEHR IN AFGHANISTAN

KRIEGSVERBRECHEN FÜR "FREIHEIT" UND "DEMOKRATIE"

Von Mark Turm, 17. Oktober 2009

Das Engagement Deutschlands in Afghanistan sowie die Oberaufsicht über die Polizeiausbildung vor Ort wird alljährlich verlängert. Der Bundestag hat zuletzt im Oktober 2008 parteiübergreifend, ausgenommen DIE LINKE, das Bundeswehrmandat für Afghanistan für weitere 14 Monate verlängert - bei gleichzeitiger Erhöhung der dort stationierten Soldaten auf 4500. Die als „Friedensmission“ und „Aufbauhilfe“ verkaufte neokoloniale Politik wird seit Juli 2009 durch den Einsatz von schwerem militärischem Gerät, also Panzern, ergänzt.

Bei diesem Krieg, der von der deutschen politische Elite mit dem „aseptischen“ Begriff „Einsatz“ umschrieben wird, handelt es sich weder um einen „Kampf der Zivilisationen“, noch um einen Kampf zwischen Islamofaschismus (G.W.Bush) -verkörpert durch die Taliban- und säkularer Demokratie (in erster Linie durch die imperialistischen Demokratien des Westen, allen voran die USA, vertreten), sondern lediglich um einen Krieg um Einflussbereiche und wirtschaftliche Interessen. Denn aufgrund der besonderen geographischen Lage Afghanistans wird derjenige, der die Kontrolle über das Land erlangt, auch Zentralasien kontrollieren und somit den Zugriff auf Rohstoffe und deren Transportwege für sich sichern. Was die Afghanen dabei denken, ist unbedeutend für alle imperialistischen Mächte, die mit von der Partie sind.

Die Tatsache, dass der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan als

humanitäre Mission oder Aufbauhilfe verkauft wird, entspricht der Notwendigkeit der Herrschenden, den zu bezahlenden Blutzoll für sublimere Ziele als rein wirtschaftliche zu erklären, außerdem ist das Wort Krieg besonders negativ konnotiert und erinnert an die aggressiven Feldzüge des deutschen Kapitals mittels der Wehrmacht. Auf der anderen Seite soll die öffentliche Meinung, die ohnehin zum größten Teil gegen den Einsatz in Afghanistan ist, allmählich an militärische Interventionen gewöhnt werden, denn „den nationalen Sicherheitsinteressen weit entfernt von der Heimat zu dienen, ist eine Aufgabe, die wir heute haben, die neu ist, die es viele Jahrzehnte lang so nicht gab und die uns noch viele Jahre durch das 21. Jahrhundert begleiten wird.“ (A. Merkel, 06.07.2009).

Der Afghanistankrieg und die Verlogenheit der herrschenden Klasse

Angela Merkel sagte: „Der Afghanistan-Einsatz ist unsere Reaktion auf den Terror. Er ist von dort gekommen und nicht umgekehrt“. So verteidigte sie den nicht erklärten Krieg in Afghanistan. „Übergeordnetes internationales Ziel bleibe ein Afghanistan, das selbst für seine Sicherheit sorgen könne und nicht wieder Heimstatt des internationalen Terrorismus werde.“ (Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, vom 08.09.2009) Abgesehen davon, dass kein einziger der bei dem Attentat auf das WWC involvierten Terroristen aus Afghanistan kam und der Terror eine Kampfform darstellt, also weder eine reguläre noch eine irreguläre Armee darstellt, (Weiter auf Seite 29)



BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN, DEM NAHEN OSTEN UND DEM KOSOVO!